

PRAXIS – SERVICE

Die Bescheidbeschwerde gemäß Art 130 Abs 1 Z 1 B-VG

Von Christoph Grabenwarter/Mathis Fister

1. Allgemeines

Die Bescheidbeschwerde nach Art 130 Abs 1 Z 1 B-VG bildet erwartungsgemäß die häufigste Verfahrensart vor den Verwaltungsgerichten. Der vorliegende Beitrag stellt die wesentlichen Form- und Inhaltserfordernisse dieses Beschwerdetyps dar (vgl 2.), präsentiert ein Muster für die Schriftsatzgestaltung (vgl 3.) und gibt einen Überblick über das weitere Verfahren über Bescheidbeschwerden (vgl 4.).

2. Form- und Inhaltserfordernisse von Bescheidbeschwerden

2.1. Gegenstand

Im Weg der Beschwerde nach Art 130 Abs 1 Z 1 B-VG können (nicht rechtskräftige) *Bescheide* der Behörden iSd §§ 56 ff AVG vor den Verwaltungsgerichten bekämpft werden. Nicht mit Bescheidbeschwerde angefochten werden können:

- Verfahrensanordnungen: Gegen Verfahrensanordnungen ist eine abgesonderte Beschwerde nicht zulässig, sie können allerdings in der Beschwerde gegen den die Sache erledigenden Bescheid angefochten werden (vgl § 7 Abs 1 VwGVG). Anderes gilt für verfahrensrechtliche Bescheide, gegen die abgesondert Beschwerde erhoben werden kann (und gegebenenfalls muss).
- Erstinstanzliche Bescheide in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinden: Diese

sind (zunächst) mit Berufung gem § 63 AVG zu bekämpfen (vgl Art 132 Abs 6 B-VG und § 36 VwGVG), es sei denn, der gemeindeinterne Instanzenzug wurde gesetzlich ausgeschlossen (vgl Art 118 Abs 4 B-VG).¹

- Rückstandsausweise: Gegen Rückstandsausweise, die keine Bescheide sind, können Einwendungen erhoben werden.²
- Mandatsbescheide iSd § 57 AVG: Sie sind mit dem remonstrativen Rechtsmittel der Vorstellung zu bekämpfen (§ 57 Abs 2 AVG).³
- Vereinzelt sehen auch die Materien Gesetze einen dem Beschwerdeverfahren vorgeschalteten Rechtsschutz vor (zB §§ 42 und 45 StudFG: Vorstellung gegen Bescheide der Studienbeihilfenbehörde). Dies ist zulässig, solange der jeweilige Rechtszug nicht aufsteigend (devolutiv) ist.⁴
- Beschwerde vorentscheidungen gem § 14 VwGVG: Dagegen steht lediglich der Vorlageantrag gem § 15 VwGVG offen.⁵
- Berufungsvorentscheidungen gem § 64a AVG: Dagegen ist mit Vorlageantrag gem § 64a Abs 2 AVG vorzugehen.⁶
- Strafverfügungen iSd §§ 47 ff VStG: Als remonstratives Rechtsmittel gegen Strafverfügungen ist der Einspruch gem § 49 VStG vorgesehen.⁷
- Bescheide in Angelegenheiten, in denen gem Art 94 Abs 2 B-VG eine sukzessive Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte vorgesehen ist (zB § 20 Abs 3 BStG).

Unteilbare Bescheide müssen zur Gänze angefochten werden. So kann etwa die Erteilung einer Genehmigung von den Auflagen und Bedingungen, die in diesem Zusammenhang erteilt werden, nicht getrennt werden;⁸

1 Siehe das Muster für eine Berufung bei *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 313 f.

2 ZB VwGH 30.6.2011, 2007/07/0168.

3 Siehe das Muster für eine Vorstellung bei *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 317 f.

4 Näher *Fister* in *Fister/Fuchs/Sachs*, Das neue Verwaltungsgerichtsverfahren (2013) § 7 VwGVG Anm 4 mwN.

5 Siehe das Muster für einen Vorlageantrag gem § 15 VwGVG bei *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 330 f.

6 Siehe das Muster für einen Vorlageantrag gem § 64a Abs 2 AVG bei *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 315 f.

7 Siehe das Muster für einen Einspruch bei *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 325 f.

8 VwGH 14.9.1995, 92/06/0006; VwSlg 16.640 A/2005.

Hauptinhalt und Nebenbestimmungen können daher nur zusammen bekämpft werden.⁹

2.2. Rechtsschutzziel

Das Rechtsschutzziel einer Beschwerde gegen Bescheide besteht darin, eine anders lautende Entscheidung in der Sache oder die Aufhebung des Bescheids (gegebenenfalls unter Zurückverweisung der Angelegenheit an die Behörde) zu erreichen (vgl § 28 Abs 2 bis 4 VwGVG). Eine Entscheidung „in der Sache selbst“ kann auch eine negative Sachentscheidung, also die ersatzlose Behebung des Bescheids, sein.¹⁰ In Verwaltungsstrafsachen hat das Verwaltungsgericht (sofern die Beschwerde nicht zurückzuweisen oder das Verfahren einzustellen ist) stets in der Sache selbst zu entscheiden (Art 130 Abs 4 Satz 1 B-VG und § 50 VwGVG), es kann daher nicht mit Aufhebung und Zurückverweisung vorgegangen werden.

2.3. Beschwerdelegitimation

Zur Erhebung der Beschwerde ist berechtigt:

- wer durch den Bescheid einer Verwaltungsbehörde *in seinen Rechten verletzt* zu sein behauptet (vgl Art 132 Abs 1 Z 1 B-VG): Es kann gleichermaßen die Verletzung einfachgesetzlich und verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte sowie die Verletzung subjektiver Unionsrechte behauptet werden.¹¹ Stets ist jedoch Voraussetzung, dass die Verletzung dieser Rechte im konkreten Fall zumindest möglich ist (hingegen ist die Frage, ob die Rechtsverletzung tatsächlich stattgefunden hat, nicht Zulässigkeits-, sondern Erfolgsvoraussetzung der Beschwerde).
- der zuständige *Bundesminister* nach Maßgabe des Art 132 Abs 1 Z 2 B-VG;
- wer aufgrund der *Materiengesetze* ausdrücklich zur Beschwerde legitimiert ist (vgl Art 132 Abs 5 B-VG; zB § 116 WRG).

Eine Beschwerde ist nicht mehr zulässig, wenn die Partei nach der Zustellung oder Verkündung des Bescheids ausdrücklich auf die Beschwerde *verzichtet* hat (vgl § 7 Abs 2 VwGVG). Voraussetzung für einen wirksamen Verzicht ist stets, dass dieser frei von Willensmängeln¹²

und in Kenntnis seiner Rechtsfolgen abgegeben wird.¹³ Unter diesen Umständen ist der Beschwerdeverzicht unwiderruflich.¹⁴ In Verwaltungsstrafsachen ist § 39 VwGVG zu beachten, wonach ein Beschwerdeverzicht während einer Anhaltung unwirksam ist.

Juristische Personen des öffentlichen Rechts (insbesondere Gemeinden und Selbstverwaltungskörper) haben nach der Rechtsprechung des VfGH die interne, die Rechtsmittelerhebung legitimierende Willensbildung nachzuweisen (Vorlage eines Auszugs aus dem Protokoll der Sitzung, in dem die Rechtsmittelerhebung beschlossen wurde), die innerhalb der Rechtsmittelfrist herbeizuführen ist. Der VwGH verlangt hingegen keinen solchen Nachweis, wenn die Organisationsvorschriften von einer Vertretung nach außen schlechthin sprechen.¹⁵ Im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten sollte diese Willensbildung von vornherein (dh bereits aus Anlass der Erhebung der Beschwerde) urkundlich nachgewiesen werden, jedenfalls aber im Rahmen eines allfälligen Mängelbehebungsverfahrens urkundlich nachgewiesen werden können.

2.4. Form

Beschwerden sind stets (auch in Verwaltungsstrafsachen) *schriftlich* abzufassen und einzubringen.¹⁶ Für Rechtsanwälte ist – nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten – die Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr verpflichtend (vgl § 21 Abs 6 BVwGG), was aber bei der Bescheidbeschwerde noch nicht aus Anlass der Erhebung der Beschwerde zum Tragen kommt, weil diese bei der belangten Behörde einzubringen ist (vgl unten 2.6.).

2.5. Frist

Die Frist für die Erhebung der Beschwerde beträgt *vier Wochen* (§ 7 Abs 4 Satz 1 VwGVG); in den Materiengesetzen sind vereinzelt kürzere¹⁷ oder längere¹⁸ Beschwerdefristen festgelegt. Die Beschwerdefrist ist nicht erstreckbar (§ 33 Abs 4 AVG), aber restituierbar (§ 71 AVG).¹⁹ Sie beginnt

- in den Fällen des Art 132 Abs 1 Z 1 B-VG dann, wenn der Bescheid dem Beschwerdeführer zugestellt

9 VwGH 28.1.2003, 2001/05/1087.

10 Vgl ErläutRV 1618 BlgNR 24. GP 14.

11 *Faber*, Verwaltungsgerichtsbarkeit (2013) Art 132 B-VG Rz 7.

12 Vgl VwGH 19.11.2004, 2004/02/0230.

13 Vgl VwGH 31.5.2006, 2006/10/0075.

14 Vgl VwGH 12.5.2005, 2005/02/0049.

15 StRsp seit VwSlg 10.147 A/1980; zum Ganzen näher *Fister*, Verfahrenshandlungen von Gemeindeorganen im Widerstreit mit dem Organisationsrecht, RFG 2011, 79.

16 Arg §§ 12 und 20 VwGVG: „Schriftsätze“.

17 ZB § 16 BFA-VG: zwei Wochen.

18 ZB § 19 BEinstG: sechs Wochen.

19 Zur Anwendbarkeit des § 71 AVG im Fall der Versäumung der Beschwerdefrist vgl *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 140.

wurde, mit dem Tag der Zustellung, wenn der Bescheid dem Beschwerdeführer nur mündlich verkündet wurde, mit dem Tag der Verkündung (§ 7 Abs 4 Satz 3 Z 1 VwGVG),

- in den Fällen des Art 132 Abs 1 Z 2 B-VG dann, wenn der Bescheid dem zuständigen BM zugestellt wurde, mit dem Tag der Zustellung, sonst mit dem Zeitpunkt, in dem der zuständige BM von dem Bescheid Kenntnis erlangt hat (§ 7 Abs 4 Satz 3 Z 2 VwGVG) und
- in den Fällen des Art 132 Abs 5 B-VG dann, wenn der Bescheid dem zur Erhebung der Beschwerde befugten Organ zugestellt wurde, mit dem Tag der Zustellung, sonst mit dem Zeitpunkt, in dem dieses Organ von dem Bescheid Kenntnis erlangt hat (§ 7 Abs 4 Satz 3 Z 5 VwGVG).

Im *Mehrparteiverfahren* kann unter der Voraussetzung, dass der Bescheid bereits einer anderen Partei zugestellt oder verkündet worden ist, die Beschwerde bereits ab dem Zeitpunkt erhoben werden, in dem der Beschwerdeführer von dem Bescheid Kenntnis erlangt hat (§ 7 Abs 3 VwGVG).²⁰ Alternativ kann auch mit einem Zustellantrag und/oder einem Antrag auf Feststellung der Parteistellung vorgegangen werden.²¹

2.6. Einbringungsstelle und Gleichschriften

Die Beschwerde ist *bei der belangten Behörde* einzubringen (vgl § 12 sowie § 20 Satz 2 VwGVG *e contrario*), also jener, die den angefochtenen Bescheid erlassen hat (vgl § 9 Abs 2 Z 1 VwGVG). Wird die Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingebracht, ist dies nur dann fristwährend, wenn das Verwaltungsgericht die Beschwerde rechtzeitig nach § 6 AVG iVm § 17 VwGVG weiterleitet.²² Das zuständige²³ Verwaltungsgericht, das nach Vorlage der Beschwerde über diese zu entscheiden hat, muss in der Beschwerde nicht notwendig benannt werden; die Behörde hat die Beschwerde vielmehr von sich aus dem zuständigen Verwaltungsgericht vorzulegen.

Nach dem VwGVG ist es hinreichend, die Beschwerde *in einfacher Ausfertigung* einzubringen. Die Materien-gesetze können mehrfache Ausfertigungen verlangen.

2.7. Inhalt

Gem § 9 Abs 1 hat eine Bescheidbeschwerde bestimmte Inhalte aufzuweisen, die Voraussetzung ihrer Zulässigkeit sind. Zu diesen *notwendigen Inhalten* gehören:

- *Bezeichnung* des angefochtenen *Bescheids*, idR durch Angabe des Datums und der Geschäftszahl.
- *Bezeichnung der belangten Behörde*, das ist gem § 9 Abs 2 Z 1 VwGVG jene Behörde, die den angefochtenen Bescheid erlassen hat.
- *Gründe*, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt:²⁴ Geltend gemacht werden kann, dass der angefochtene Bescheid inhaltlich, infolge Unzuständigkeit der belangten Behörde oder infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften rechtswidrig ist (siehe gleich unten).
- *Begehren* (abstellend auf die Entscheidungsmöglichkeiten des Verwaltungsgerichts, vgl unten 4. sowie die Musteranträge unter 3.); bedingte Anträge sind unzulässig,²⁵ Eventualanträge hingegen zulässig.²⁶
- *Angaben zur Rechtzeitigkeit* der Beschwerde, idR durch Angabe des Datums der Zustellung oder der Verkündung des Bescheids.²⁷

Darüber hinaus kann die Beschwerde enthalten (*fakultativer Inhalt*):

- Antrag auf Durchführung einer *mündlichen Verhandlung* gem § 24 VwGVG (in Verwaltungsstrafsachen: § 44 VwGVG): Gem § 24 Abs 3 Satz 1 und § 44 Abs 3 VwGVG ist ein solcher Antrag „in der Beschwerde“ zu stellen; die Unterlassung der Antragstellung wird als stillschweigender Verzicht auf die Durchführung einer mündlichen Verhandlung gewertet.²⁸
- *Kostensatzbegehren*, wenn die Materien-gesetze einen Kostensatz vorsehen (vgl unten 2.10.),
- Anregung eines Antrags an den VfGH auf Prüfung der Rechtmäßigkeit einer präjudiziellen generellen Norm (vgl Art 135 Abs 4 iVm Art 89 iVm Art 139, 139a, 140, 140a B-VG),
- Anregung der Einholung einer *Vorabentscheidung* des EuGH (vgl Art 267 AEUV).

Folgende Punkte sollten bei der inhaltlichen Gestaltung der Bescheidbeschwerde Berücksichtigung finden: Vor der Verfassung einer Beschwerde sollte in einem ersten Schritt überprüft werden, ob der anzufechtende Be-

20 Vgl auch § 26 Abs 2 VwGG und § 82 Abs 1a VfGG.

21 Dazu *Grabenwarter/Fister*, *Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit*⁴ (2014) 27 ff.

22 Vgl demgegenüber § 63 Abs 5 AVG.

23 Vgl insb Art 131 B-VG und § 3 VwGVG; siehe im Überblick *Lechner-Hartlieb/Sembacher/Urban*, *Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform – Zuständigkeiten von A bis Z* (2013) 7 ff.

24 Bei Amtsparteien: Anfechtungserklärung (vgl § 9 Abs 3 VwGVG).

25 Vgl VwGH 14.9.2004, 2001/10/0066.

26 Vgl VwGH 9.8.2001, 2000/16/0624.

27 Beschwerden an die Verwaltungsgerichte müssen – anders als bisher Beschwerden (ab 1.1.2014: Revisionen) an den VfGH (vgl § 28 Abs 1 Z 4 VwGG) – keinen Beschwerdepunkt enthalten. Streng genommen ist auch die Darstellung des Sachverhalts nicht zwingend erforderlich (vgl § 9 Abs 1 VwGVG im Gegensatz zu § 28 Abs 1 Z 3 VwGG), in der Praxis aber ratsam.

28 *Fister in Fister/Fuchs/Sachs*, *Das neue Verwaltungsgerichtsverfahren* (2013) § 24 VwGVG Anm 10 mwN.

scheid an einem formalen Fehler leidet, der die *absolute Nichtigkeit* des Aktes zur Folge hat.²⁹ Liegt ein solcher (seltener) Fall vor, so kann und muss der Akt an sich nicht bekämpft werden, weil ein absolut nichtiger Bescheid keinen tauglichen Beschwerdegegenstand bildet und eine Beschwerde daher als unzulässig zurückgewiesen werden würde. Es ist aber freilich risikoreich, eine sich als Bescheid präsentierende Verwaltungserledigung unbekämpft zu lassen, sodass in der Praxis – jedenfalls in nicht eindeutigen Fällen – zu erwägen ist, auch absolut nichtige Bescheide zu bekämpfen, um Rechtssicherheit in der Frage des Vorliegens eines absolut nichtigen Bescheids zu schaffen.³⁰

Liegt ein rechtswirksamer Bescheid vor, so ist dieser weiter daraufhin zu überprüfen, ob er rechtswidrig ist. An *Rechtswidrigkeit* leidet ein Bescheid dann, wenn die bescheiderlassende Behörde (örtlich oder sachlich) unzuständig ist, wenn der Inhalt des Bescheids mit Rechtsvorschriften in Widerspruch steht und/oder wenn der Bescheid unter Verletzung von Verfahrensvorschriften ergangen ist. Im Einzelnen kann mit diesen Beschwerdegründen folgendes geltend gemacht werden:

- *Unzuständigkeit der bescheiderlassenden Behörde:* War die Behörde sachlich oder örtlich unzuständig, so hat das Verwaltungsgericht den Bescheid zu beheben und die Sache gegebenenfalls an die zuständige Behörde weiterzuleiten.³¹
- *Inhaltliche Rechtswidrigkeit:* Mit inhaltlicher Rechtswidrigkeit ist der Bescheid belastet, wenn die Behörde die Rechtsfrage unrichtig gelöst hat.³² Auch die Verletzung von materiell-rechtlichen Vorschriften des Unionsrechts (etwa durch Außerachtlassen des Anwendungsvorrangs) hat die inhaltliche Rechtswidrigkeit des Bescheids zur Folge. Einen Sonderfall stellt es dar, wenn die Behörde eine verfassungswidrige Gesetzesvorschrift oder eine gesetzwidrige Verordnungsvorschrift (oder allgemein: eine rechtswidrige generelle Norm) in Anwendung gebracht hat. Die Behörde hat kein Normverwerfungsrecht, sodass sie auch (gehörig kundgemachte) verfassungswidrige Gesetzesvorschriften und gesetzwidri-

ge Verordnungsvorschriften anzuwenden hat.³³ In diesen Fällen sollte in der Beschwerde die Antragstellung an den VfGH zur Normenkontrolle ange-regt werden.³⁴

- *Verfahrensfehler:* Verfahrensfehler können in der Regel im Beschwerdeverfahren behoben werden. Ihre Geltendmachung in der Beschwerde zielt daher darauf ab, dass das Verwaltungsgericht nach Sanierung der Verfahrensfehler der Behörde in der Sache zu einer für den Beschwerdeführer günstigeren Entscheidung kommt. Hat etwa die Behörde entscheidungserhebliche Beweise nicht aufgenommen und den für die Erledigung der Verwaltungssache maßgebenden Sachverhalt unvollständig festgestellt,³⁵ so kann der Mangel des Ermittlungsverfahrens durch Ermittlungen des Verwaltungsgerichts geheilt werden;³⁶ es ist daher in der Beschwerde vorzubringen, welche entscheidungserheblichen Beweise aufgenommen werden hätten müssen, ferner ist ein entsprechendes Beweisanbot zu erstatten und zu beantragen, dass das Verwaltungsgericht diese Beweise aufnehmen möge. Hat die Behörde das Recht auf rechtliches Gehör verletzt,³⁷ wird dies grundsätzlich dadurch saniert, dass der Beschwerdeführer Gelegenheit hat, in der Beschwerde zu Wort zu kommen.³⁸ Auch Begründungsmängel des Bescheids können durch das Verwaltungsgericht behoben werden.³⁹

Im Beschwerdeverfahren besteht *kein Neuerungsverbot*, sodass in der Beschwerde sowohl neue Tatsachen vorgebracht als auch neue Beweismittel angeboten werden können.⁴⁰ Zu beachten ist, dass die Beschwerdegründe und das Begehren den *Prüfungsumfang* des Verwaltungsgerichts determinieren (vgl. § 27 VwGVG) und daher entsprechend umfassend sein sollten. Das Verwaltungsgericht hat grundsätzlich aufgrund der zum Zeitpunkt seiner Entscheidung gegebenen *Sach- und Rechtslage* zu entscheiden, es hat daher zwischenzeitige Rechtsänderungen – vorbehaltlich anders lautender Übergangsvorschriften – zu berücksichtigen, was in der Beschwerde (oder im weiteren Verfahren) aufgegriffen werden kann und sollte.

29 Zu diesen Fällen etwa *Grabemwarter/Fister*, *Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit* (2014) 112.

30 Vgl. dazu VwGH 18.3.2010, 2008/07/0229.

31 Vgl. zum Berufungsverfahren VwGH 24.2.2005, 2003/07/0171.

32 Dazu gehört auch der in der Praxis nicht ganz seltene Fall, dass zu Unrecht Auflagen vorgeschrieben werden, vgl. VwGH 18.10.2012, 2010/06/0060.

33 Lediglich zur Korrektur bloßer Redaktionsversehen wäre die Behörde berechtigt, vgl. VwGH 29.9.1993, 93/02/0060.

34 Wird die Beschwerde ausschließlich mit der Verfassungswidrigkeit des im Verfahren anzuwendenden Gesetzes oder der Gesetzwidrigkeit einer anzuwendenden Verordnung begründet, gilt dies als ausreichende Begründung (vgl. VfSlg 13.901/1994).

35 §§ 37, 39 und 45 ff. AVG.

36 Vgl. zum Berufungsverfahren VwGH 28.10.2009, 2008/15/0302.

37 § 45 Abs 3 AVG.

38 Vgl. zum Berufungsverfahren VwGH 20.9.1974, 0061/74; 26.2.1991, 90/07/0147; siehe aber auch VwGH 7.7.2009, 2009/18/0198.

39 Vgl. zum Berufungsverfahren VwGH 9.3.1993, 92/06/0262; 25.10.2006, 2005/08/0049.

40 Zu beachten ist aber, dass ein neues Vorbringen ausgeschlossen ist, wenn und insoweit hinsichtlich dieses Vorbringens bereits nach § 42 Abs 1 AVG (Teil-)Präklusion eingetreten ist.

2.8. Umfassende Mängelbehebung

Grundsätzlich ist die Behebung von Mängeln nach Maßgabe des § 13 Abs 3 AVG (iVm § 17 VwGVG) möglich.⁴¹ Diese Vorschrift bezieht sich nicht nur auf Formmängel, sondern auch auf inhaltliche Mängel von Eingaben.⁴² Hat der Beschwerdeführer den Mangel aber erkennbar bewusst herbeigeführt (etwa durch die Erhebung einer „leeren Beschwerde“), um auf dem Umweg eines Verbesserungsverfahrens eine Verlängerung der Rechtsmittelfrist zu erreichen, ist für die Erteilung eines Verbesserungsauftrags kein Raum und die bewusst und rechtsmissbräuchlich mangelhaft gestaltete Beschwerde ist sofort zurückzuweisen.⁴³

2.9. Keine Anwaltpflicht

Im verwaltungsgerichtlichen Verfahren herrscht kein Anwaltszwang. Selbstverständlich steht es der Partei aber frei, sich vertreten zu lassen. Bei einem berufsmäßigen Parteienvertreter genügt die Berufung auf die erteilte Vollmacht.⁴⁴ Neben Rechtsanwälten sind auch Notare im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten vertretungsbefugt.⁴⁵

2.10. Kosten, Gebühren und Verfahrenshilfe

Grundsätzlich hat jeder Beteiligte die ihm im verwaltungsgerichtlichen Verfahren erwachsenden Kosten selbst zu bestreiten (Grundsatz der *Kostenselbsttragung*).⁴⁶ Nur vereinzelt sind in den Materiengesetzen⁴⁷ Kostenersatzansprüche vorgesehen.⁴⁸

Eingaben an die Verwaltungsgerichte sind nach Maßgabe des § 14 TP 6 GebG *gebührenpflichtig*. Keiner Ge-

bühr unterliegen die in § 14 TP 6 Abs 5 GebG aufgezählten Eingaben, etwa Eingaben in Verwaltungsstrafsachen (§ 14 TP 6 Abs 5 Z 7 GebG) und bestimmte Folgeingaben (§ 14 TP 6 Abs 5 Z 17 GebG). Vereinzelt sehen auch die Materiengesetze Gebührenbefreiungen vor.⁴⁹ § 14 TP 6 Abs 5 Z 1 lit b GebG ermächtigt die BReg, für Eingaben einschließlich Beilagen an das BVwG durch Verordnung Pauschalgebühren, den Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld und die Art der Entrichtung der Pauschalgebühren festzulegen (vgl die BVwG-EGebV, BGBl II 2013/490, wonach die Gebühr für Beschwerden 30 Euro beträgt und im vorhinein zu entrichten ist).

Die Gewährung von *Verfahrenshilfe* ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Ausnahmen bestehen nur im Verwaltungsstrafverfahren.⁵⁰ Im Anwendungsbereich des Art 47 Abs 3 GRC kommt die Gewährung von Verfahrenshilfe unmittelbar auf der Grundlage des Unionsrechts in Betracht.

2.11. Aufschiebende Wirkung

Eine (rechtzeitig eingebrachte und zulässige) Bescheidbeschwerde hat aufschiebende Wirkung (§ 13 Abs 1 VwGVG), es sei denn, sie wird von der Behörde (§ 13 Abs 2 VwGVG) oder vom Verwaltungsgericht (§ 22 Abs 2 VwGVG) ausgeschlossen. In Verwaltungsstrafsachen kann die aufschiebende Wirkung der Beschwerde nicht ausgeschlossen werden (§ 41 VwGVG).⁵¹ Vereinzelt ist die aufschiebende Wirkung von Beschwerden sondergesetzlich abweichend geregelt.⁵² Einstweilige Anordnungen auf der Grundlage des Unionsrechts sind denkbar,⁵³ vereinzelt ermächtigen auch die Materiengesetze dazu, einstweilige Verfügungen zu erlassen.⁵⁴

41 Vgl ErläutRV 2009 BlgNR 24. GP 4.

42 ZB VwGH 28.6.2010, 2008/10/0002.

43 Vgl VwGH 25.2.2005, 2004/05/0115.

44 Vgl § 8 Abs 1 RAO und § 5 Abs 4a NO; § 17 VwGVG iVm § 10 Abs 1 AVG; in Verwaltungsstrafsachen § 38 VwGVG iVm § 24 Satz 1 VStG iVm § 10 Abs 1 AVG.

45 Näher *Grabenwarter/Fister*, Die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit – Änderungen für den Rechtsschutz, NZ 2013, 353.

46 § 17 VwGVG iVm § 74 Abs 1 AVG.

47 Für Bescheidbeschwerden ergeben sich Kostenersatzansprüche nur aus den Materiengesetzen (§ 35 VwGVG gilt nur für Maßnahmenbeschwerden und – kraft § 53 VwGVG – für typenfreie Beschwerden; § 42 Abs 4 und § 49 Abs 5 AVG beziehen sich auf das Beweisverfahren).

48 Dazu *Fister*, Kosten und Gebühren im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten, ÖJZ 2013, 1045 (1046 f).

49 ZB § 110 ASVG, § 46 GSVG, § 51 BundesbehindertenG; näher *Fister*, ÖJZ 2013, 1049 f.

50 Siehe § 40 VwGVG zur Begebung eines Verfahrenshilfeverteidigers, aber auch § 61 VStG zur Begebung eines Amtsverteidigers zu Gunsten jugendlicher Beschuldigter.

51 Beachte aber § 37 Abs 3 und § 39 Abs 6 VStG, wo die aufschiebende Wirkung von Gesetzes wegen ausgeschlossen ist.

52 ZB § 56 Abs 3 AlVG (Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung, die aufschiebende Wirkung kann aber im Rahmen der Beschwerdeentscheidung zuerkannt werden), § 20f AuslBG (Beschwerden gegen den Widerruf (ua) einer Beschäftigungsbewilligung haben keine aufschiebende Wirkung).

53 *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 122, 220 und 226.

54 ZB §§ 328 ff BVergG; dazu *Forster*, Einstweilige Verfügungen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren – eine endliche Geschichte? ZfV 2013, 372.

3. Muster

	<i>[Geschäftszahl]</i>
EINGESCHRIEBEN ⁵⁵	
An die <i>[belangte Behörde als Einbringungsstelle]</i> <i>[Adresse]</i>	
Beschwerdeführer:	<i>[Name, Geburtsdatum/FN, Adresse]</i>
vertreten durch:	<i>[R-Code, Name, Adresse]</i> <i>[eigenhändige Unterschrift]</i>
wegen:	Bescheid der <i>[belangten Behörde]</i> vom <i>[Datum]</i> , <i>[Geschäftszahl]</i> , mit dem <i>[Inhalt des Bescheids]</i>
I. Beschwerde gemäß Art 130 Abs 1 Z 1 und Art 132 Abs 1 Z 1 B-VG	
II. Urkundenvorlage	
	einfach 1 Halbschrift ⁵⁶ <i>[x]</i> Beilagen Vollmacht erteilt gemäß § 8 Abs 1 RAO und § 17 VwGVG iVm § 10 Abs 1 AVG ⁵⁷
<hr/>	
I. Beschwerde gemäß Art 130 Abs 1 Z 1 und Art 132 Abs 1 Z 1 B-VG	
1. Beschwerdegegenstand	
Gegen den Bescheid der <i>[belangten Behörde]</i> vom <i>[Datum]</i> , <i>[Geschäftszahl]</i> , meinem bevollmächtigten Vertreter zugestellt am <i>[Zustelldatum]</i> , erhebe ich gemäß Art 130 Abs 1 Z 1 und Art 132 Abs 1 Z 1 B-VG binnen offener Frist nachstehende	
Beschwerde	
an das <i>[zuständige Verwaltungsgericht]</i> : ⁵⁸	
2. Sachverhalt	
<i>[Darstellung des Sachverhalts und des Verfahrensgangs]</i>	
3. Zulässigkeit der Beschwerde	
<i>[Vorbringen zur Beschwerdelegitimation, zur Rechtzeitigkeit der Beschwerde und – fakultativ (siehe oben 2.6.) – zur Zuständigkeit des angerufenen Verwaltungsgerichts]</i>	

⁵⁵ Aus Beweisgründen ist zu empfehlen, die Beschwerde eingeschrieben (oder sogar per Boten) zu übermitteln. Das Postlaufprivileg nach § 33 Abs 3 AVG gilt nur für Eingaben auf dem Postweg.

⁵⁶ Die Beifügung einer – gebührenfreien (VwSlg 5138 F/1977) – Halbschrift ist nicht unbedingt erforderlich. Wie hoch die „Rücklaufquote“ sein wird, wird die Praxis zeigen.

⁵⁷ In Verwaltungsstrafsachen: „Vollmacht erteilt gemäß § 8 Abs 1 RAO und § 38 VwGVG iVm § 24 Satz 1 VStG iVm § 10 Abs 1 AVG“. Bei Notaren erfolgt die Berufung auf die erteilte Vollmacht aufgrund von § 5 Abs 4a NO.

⁵⁸ Das zuständige Verwaltungsgericht muss nicht unbedingt angegeben werden (siehe oben 2.6.).

4. Beschwerdegründe

[Ausführung der Beschwerdegründe, gegebenenfalls neues Tatsachenvorbringen und Beweisanbot]

5. Beschwerdeanträge

Aus diesen Gründen richte ich an das [zuständige Verwaltungsgericht]⁵⁹ die

Anträge,

1. gemäß § 24 VwGVG eine mündliche Verhandlung durchzuführen und
- 2a. gemäß Art 130 Abs 4 B-VG und § 28 Abs 2 VwGVG in der Sache selbst zu entscheiden und [...] ⁶⁰
in eventu
- 2b. den angefochtenen Bescheid gemäß § 28 Abs 3 VwGVG⁶¹ mit Beschluss aufzuheben und die Angelegenheit zur Erlassung eines neuen Bescheides an die Behörde zurückzuverweisen.⁶²

II. Urkundenvorlage

Ich lege dem erkennenden Verwaltungsgericht nachfolgende Urkunden [im Original/in Kopie] vor:

Beilage ./A ...

Beilage ./B ...

[Ort], am [Datum]

[Name des Beschwerdeführers]

In Verwaltungsstrafsachen haben die Beschwerdeanträge idR wie folgt zu lauten:⁶³

Aus diesen Gründen richte ich an das [zuständige Verwaltungsgericht]⁶⁴ die

Anträge,

1. gemäß § 44 VwGVG eine mündliche Verhandlung durchzuführen und
- 2a. das angefochtene Straferkenntnis ersatzlos zu beheben und das Verfahren gemäß § 38 VwGVG iVm § 45 Abs 1 VStG einzustellen,
in eventu
- 2b. es aufgrund der geringen Bedeutung des strafrechtlich geschützten Rechtsgutes und der geringen Intensität seiner Beeinträchtigung durch die Tat sowie aufgrund meines geringen Verschuldens bei einer Ermahnung gemäß § 38 VwGVG iVm § 45 Abs 1 letzter Satz VStG bewenden zu lassen,
in eventu
- 2c. die Strafhöhe auf ein tat- und schuldangemessenes Maß herabzusetzen.

59 Siehe oben FN 58 sowie 2.6.

60 In der Regel wird es zielführend sein, den Abänderungsantrag zuerst zu stellen, zumal das Rechtsschutzziel dann bereits vor dem Verwaltungsgericht (dh insgesamt rascher) erreicht werden würde (und nicht erst nach Zurückverweisung der Angelegenheit aufgrund einer neuerlichen Bescheiderlassung durch die Behörde).

61 Bei Ermessen: § 28 Abs 4 VwGVG.

62 Auch ein Antrag auf ersatzlose Behebung des Bescheides ist denkbar, etwa wenn der dem Verfahren zugrunde liegende Antrag zurückgezogen wurde oder die Behörde einen Antrag zu Unrecht zurückgewiesen hat.

63 Welches Rechtsschutzziel mit einer Beschwerde in Verwaltungsstrafsachen verfolgt wird, hängt von der Verfahrensstrategie ab: Soll der Strafausspruch an sich bekämpft werden, so zielt die Be-

schwerde darauf ab, dass das Verwaltungsgericht das angefochtene Straferkenntnis aufheben und das Verfahren gem § 45 VStG einstellen möge. Soll hingegen lediglich die Strafbemessung bekämpft werden, so möchte die Beschwerde erreichen, dass die Strafhöhe reduziert wird, gegebenenfalls auch in Anwendung des § 45 Abs 1 letzter Satz VStG von der Verhängung einer Strafe abgesehen wird. Im Formulierungsvorschlag dieses Musters wird davon ausgegangen, dass der Strafausspruch bekämpft werden soll, sodass der Hauptantrag auf die Aufhebung des Straferkenntnisses und die Einstellung des Verfahrens nach § 45 VStG gerichtet ist. Mit Eventualanträgen wird die Anwendung des § 45 Abs 1 letzter Satz VStG und die Reduzierung der Strafhöhe begehrt.

64 Siehe oben FN 58 sowie 2.6.

4. Das weitere Verfahren über Bescheidbeschwerden

4.1. Vorverfahren vor der Verwaltungsbehörde

Über Bescheidbeschwerden findet zunächst ein Vorverfahren vor der Behörde statt (§§ 11 ff VwGVG). Im Zuge dieses Vorverfahrens kann die Behörde – außer in Verwaltungsstrafsachen (§ 41 VwGVG) – die *aufschiebende Wirkung* der Bescheidbeschwerde gegebenenfalls noch ausschließen (§ 13 Abs 2 VwGVG). Werden in der Bescheidbeschwerde neue Tatsachen oder Beweise vorgebracht, so hat die Behörde eine *Beschwerdemitteilung* vorzunehmen (§ 10 VwGVG).

Im Übrigen besteht (nur) bei Bescheidbeschwerden die Möglichkeit einer *Beschwerdevorentscheidung* (§ 14 VwGVG): Die Behörde kann den Bescheid innerhalb von zwei Monaten aufheben, abändern oder die Beschwerde zurückweisen oder abweisen. Dabei ist sie an den Prüfungsumfang iSd § 27 VwGVG und in Verwaltungsstrafsachen zusätzlich an das Verbot der *reformatio in peius* gebunden (vgl § 42 VwGVG). Gibt sich der Beschwerdeführer (oder eine andere Partei des Verfahrens) damit nicht zufrieden, kann gegen die Beschwerdevorentscheidung mit *Vorlageantrag* (§ 15 VwGVG) vorgegangen werden.⁶⁵

4.2. Verfahren vor dem Verwaltungsgericht

Nach der Vorlage der Bescheidbeschwerde an das Verwaltungsgericht verfügt auch dieses noch über die Möglichkeit, die *aufschiebende Wirkung* der Bescheidbeschwerde unter den Voraussetzungen des § 22 Abs 2 VwGVG nachträglich auszuschließen (nicht in Verwaltungsstrafsachen: § 41 VwGVG). Hat die Behörde eine *Beschwerdemitteilung* zu Unrecht unterlassen, hat das Verwaltungsgericht sie nachzuholen (§ 10 VwGVG).

Das *Beweisverfahren* vor dem Verwaltungsgericht richtet sich im Wesentlichen nach dem AVG, das mit einzelnen im VwGVG normierten Abweichungen⁶⁶ anzuwenden ist.⁶⁷ Die erforderlichen Beweise sind grundsätzlich in einer *öffentlichen mündlichen Verhandlung* (§§ 24 und 44 VwGVG) aufzunehmen.⁶⁸

4.3. Entscheidung des Verwaltungsgerichts

Das Verwaltungsgericht hat die Rechtssache immer dann durch *Erkenntnis* zu erledigen, wenn die Beschwerde nicht zurückzuweisen oder das Verfahren einzustellen ist (§ 28 Abs 1 VwGVG). Sowohl die Zurückweisung als auch die Einstellung des Verfahrens erfolgen durch *Beschluss*.

Die Beschwerde ist *zurückzuweisen*, wenn sie unzulässig⁶⁹, verspätet oder auch nach einem Verbesserungsverfahren immer noch mangelhaft ist. Mit *Einstellung* des Verfahrens ist vorzugehen, wenn die Beschwerde zurückgezogen wird oder der Beschwerdeführer während des Beschwerdeverfahrens untergeht oder klaglos gestellt wird.

Die Entscheidungsmöglichkeiten des Verwaltungsgerichts im Fall einer *Sachentscheidung* sind für Bescheidbeschwerden in § 28 Abs 2 bis 4 VwGVG geregelt. Die verwaltungsgerichtliche Kontrolle ist nicht auf die Kasation von Bescheiden reduziert, sondern umfasst gegebenenfalls auch die reformatorische Erledigung der Verwaltungssache selbst (vgl auch Art 130 Abs 4 B-VG). Das Verwaltungsgericht ist bei seiner Entscheidung allerdings an den Prüfungsumfang (§ 27 VwGVG) gebunden.

- Zunächst bestimmt § 28 Abs 2 VwGVG, dass das Verwaltungsgericht über Bescheidbeschwerden dann in der Sache selbst (dh reformatorisch) zu entscheiden hat, wenn der maßgebliche Sachverhalt feststeht oder die Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts durch das Verwaltungsgericht selbst im Interesse der Raschheit gelegen oder mit einer erheblichen Kostenersparnis verbunden ist. Das Verwaltungsgericht hat in diesen Fällen auch ein der Behörde eingeräumtes Ermessen zu handhaben.
- Liegen die Voraussetzungen des § 28 Abs 2 VwGVG nicht vor, hat das Verwaltungsgericht gem § 28 Abs 3 Satz 1 VwGVG (dennoch) in der Sache selbst zu entscheiden, wenn die Behörde dem nicht bei der Vorlage der Beschwerde unter Bedachtnahme auf die wesentliche Vereinfachung oder Beschleunigung des Verfahrens widerspricht. Hat die Behörde notwendige Ermittlungen des Sachverhalts unterlassen, so kann das Verwaltungsgericht den angefochtenen Be-

65 Siehe das Muster für einen Vorlageantrag bei *Grabemwarter/Fister*, *Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit*⁴ (2014) 330 f.

66 ZB § 23 VwGVG (Ladung von Zeugen, die ihren Aufenthalt [Sitz] außerhalb des Sprengels des Verwaltungsgerichts haben), § 26 VwGVG (Zeugen und Beteiligte haben Anspruch auf Gebühren). Weitere Sonderverfahrensbestimmungen gibt es für das Verfahren in Verwaltungsstrafsachen (§§ 37 ff VwGVG).

67 §§ 17 und 38 VwGVG.

68 § 25 Abs 6 VwGVG.

69 Etwa weil sie gegen einen untauglichen Anfechtungsgegenstand gerichtet ist oder es dem Beschwerdeführer an der Partei- oder Prozessfähigkeit, an der Beschwerdelegitimation und/oder an der Beschwer mangelte; ferner, wenn der Beschwerdeführer auf die Erhebung der Beschwerde verzichtet hat; schließlich dann, wenn *res iudicata* vorliegt.

scheid gem § 28 Abs 3 Satz 2 VwGVG mit Beschluss aufheben und die Angelegenheit zur Erlassung eines neuen Bescheids an die Behörde zurückverweisen. Die Behörde ist hiebei an die rechtliche Beurteilung gebunden, von welcher das Verwaltungsgericht bei seinem Beschluss ausgegangen ist.⁷⁰

- § 28 Abs 4 VwGVG regelt schließlich den Fall, dass die Behörde bei ihrer Entscheidung *Ermessen* zu üben hat: Unter diesen Umständen hat das Verwaltungsgericht – wenn es nicht gem § 28 Abs 2 VwGVG in der Sache selbst zu entscheiden hat und wenn die Beschwerde nicht zurückzuweisen oder abzuweisen ist – den angefochtenen Bescheid mit Beschluss aufzuheben und die Angelegenheit zur Erlassung eines neuen Bescheids an die Behörde zurückzuverweisen. Die Behörde ist hiebei an die rechtliche Beurteilung gebunden, von welcher das Verwaltungsgericht bei seinem Beschluss ausgegangen ist.

Hebt das Verwaltungsgericht den angefochtenen Bescheid auf, sind die Behörden verpflichtet, in der betreffenden Rechtssache mit den ihnen zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln unverzüglich den der Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichts entsprechenden Rechtszustand herzustellen (§ 28 Abs 5). Dies impliziert die Verpflichtung der Behörde zur Erlassung eines Ersatzbescheids, aber auch einen darüber hinausgehenden Folgenbeseitigungsanspruch.⁷¹ Das Verwaltungsverfahren tritt durch die Bescheidkassation in das Stadium zurück, in dem es sich vor Erlassung des angefochtenen Bescheids befunden hat.

Einen Sonderfall bildet das Verfahren in *Verwaltungsstrafsachen*, wo das Verwaltungsgericht – sofern die Beschwerde nicht zurückzuweisen oder das Verfahren einzustellen ist – stets in der Sache selbst zu entscheiden hat

(§ 50 VwGVG). Es ist dabei nicht nur an den Prüfungsumfang nach § 27 VwGVG, sondern zusätzlich an das Verbot der *reformatio in peius* gebunden (§ 42 VwGVG).

4.4. Weitere Rechtsschutzmöglichkeiten

Gegen die Erkenntnisse und Beschlüsse der Verwaltungsgerichte steht grundsätzlich die *Revision* an den VwGH gem Art 133 Abs 1 Z 1 B-VG⁷² und die *Beschwerde* an den VfGH gem Art 144 Abs 1 B-VG offen. Während der VwGH die Verletzung einfachgesetzlich und unionsrechtlich gewährleiteter Rechte durch die angefochtene Entscheidung prüft, prüft der VfGH die Verletzung von verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten (einschließlich der durch die GRC gewährleisteten Grundrechte) und die Verletzung in Rechten infolge Anwendung einer rechtswidrigen generellen Norm. Entscheidungen des *Rechtspflegers* können im Wege der *Vorstellung* gem § 54 VwGVG bekämpft werden.⁷³ Im Hinblick darauf, dass auch die Entscheidung eines Rechtspflegers formal eine „Entscheidung eines Verwaltungsgerichts“ im Sinne des Art 133 B-VG und des Art 144 Abs 1 B-VG ist, fragt es sich, ob die Vorstellung gem § 54 VwGVG mit einer Revision nach Art 133 Abs 1 Z 1 B-VG und/oder einer Beschwerde nach Art 144 Abs 1 B-VG kumuliert werden kann (oder muss). Bis zur Klärung dieser Frage durch die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts muss zwar aus Vorsichtsgründen dazu geraten werden, letztlich sprechen aber die besseren Gründe dafür, dass zuerst Vorstellung zu erheben ist und erst gegen die endgültige Entscheidung des Beschwerdefalls durch das zuständige Mitglied des Verwaltungsgerichts die Revision an den VwGH und die Beschwerde an den VfGH zulässig sind.

70 Zum Verhältnis von Satz 1 und 2 zueinander vgl *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 233.

71 *Hauer*, Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts² (2013) Rz 205.

72 Siehe das Muster für eine Revision bei *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 339 ff.

73 Siehe das Muster für eine Vorstellung gem § 54 VwGVG bei *Grabenwarter/Fister*, Verwaltungsverfahrenrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit⁴ (2014) 337 f.

Verwaltungsgerichtsbarkeits-Gesetze auf einen Blick

Von Sonja Berl*

1. Bundesgesetzblätter (chronologisch)

BGBI I 2012/51 – Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012

Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes, des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948, des Finanzstrafgesetzes, des Bundesgesetzes, mit dem das Invalideneinstellungsgesetz 1969 geändert wird, des Bundessozialamtgesetzes, des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000, des Bundesgesetzblattgesetzes, des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1985 und des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953.

Aufhebung einiger Bundesverfassungsgesetze und in einfachen Bundesgesetzen enthaltener Verfassungsbestimmungen.

BGBI I 2013/14 – Finanzverwaltungsgerichtsbarkeitsgesetz 2012 – FVwGG 2012

Erlassung des Bundesgesetzes über das Bundesfinanzgericht.

Änderung der Bundesabgabenordnung, des Abgabenverwaltungsorganisationsgesetzes 2010, der Abgabenausführungsordnung, des Finanzstrafgesetzes sowie des Zollrechts-Durchführungsgesetzes.

BGBI I 2013/33 – Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013

Erlassung des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes und des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes.

Änderung des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1985, des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 2008, des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, des Verwaltungsstrafgesetzes 1991, des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1991, des EU-Verwaltungsstrafvollstreckungsgesetzes, des Zustellgesetzes, des Finanzstrafgesetzes, der Exekutionsordnung, des Bundesministeriengesetzes 1986, des Amtshaftungsgesetzes, des Organhaftpflichtgesetzes und des Bundesgesetzblattgesetzes.

BGBI I 2013/70 – Verwaltungsgerichtsbarkeits-

Anpassungsgesetz – Bundesministerium für Finanzen

Änderung der Bundesabgabenordnung, des Finanzstrafgesetzes, des EU-Finanzstrafvollstreckungsgesetzes, des Bundesfinanzgerichtsgesetzes, des Gebührengesetzes 1957 sowie diverser anderer Gesetze.

BGBI I 2013/114 – Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes

Änderungen ua von Bestimmungen betreffend den Verfassungsgerichtshof (Einführung der Verordnungs- bzw Gesetzesbeschwerde).

BGBI I 2013/115 – Änderungen betreffend „Wahlen“; Berichtigungs- und Beschwerdeverfahren

Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG), der Nationalrats-Wahlordnung 1992, des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971, der Europawahlordnung, des Europa-Wählerevidenzgesetzes, des Volksabstimmungsgesetzes 1972, des Volksbefragungsgesetzes 1989, des Europäische-Bürgerinitiative-Gesetzes und des Wählerevidenzgesetzes 1973.

BGBI I 2013/122 – Änderungen betreffend das VwGVG ua

Änderung des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetzes 2013, des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes, des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetzes, des Verwaltungsgerichtshofgesetzes 1985, des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, des Amtshaftungsgesetzes und des Bundesministeriengesetzes 1986.

BGBI I 2013/164 – Schulbehörden – Verwaltungsreformgesetz 2013

Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes und des Bundesverfassungsgesetzes vom 18. Juli 1962, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens geändert wird, und das Bundes-Schulaufsichtsgesetz zur Reform der Verwaltung des Schulwesens des Bundes geändert werden.

* MMag. Dr. Sonja Berl (vormals Greisberger) ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Haslinger / Nagele & Partner Rechtsanwälte GmbH in Wien tätig. Kontaktdaten: Mölker Bastei 5, 1010 Wien. E-Mail: sonja.berl@haslinger-nagele.com.

2. Bundesgesetze

Bundesverfassungsgesetz – BVG

(BGBl I 1930/1 idF BGBl I 2013/164)

Enthält in seinem Siebenten Hauptstück „Garantien der Verfassung und Verwaltung“ die Bestimmungen über die Verwaltungsgerichtsbarkeit (Art 129–136 B-VG) und über die Verfassungsgerichtsbarkeit (Art 137–148 B-VG). Die Anlage zum B-VG enthält die mit 1.1.2014 aufgelösten unabhängigen Verwaltungsbehörden des Bundes und der Länder (vgl Art 151 Abs 51 Z 8 B-VG).

Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz –

VwGbk-ÜG (BGBl I 2013/33 idF BGBl I 2013/122)

Regelt den Übergang zur zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit, mit Ausnahme jener Angelegenheiten, die zur Zuständigkeit des BFG gehören.

Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz – VwGVG

(BGBl I 2013/33 idF BGBl I 2013/122)

Regelt das Verfahren der Verwaltungsgerichte, mit Ausnahme des Bundesfinanzgerichtes. Das VwGVG ordnet eine subsidiäre Geltung insb von Bestimmungen des AVG und des VStG an (vgl §§ 11, 17 und 38 VwGVG). Einzelne Bestimmungen sind auch im VwGG enthalten. Das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten erschließt sich daher nur aus einer Zusammenschau einer Vielzahl von Bestimmungen bzw Gesetzen.

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 – VwGG

(BGBl 1985/10 idF BGBl I 2013/122)

Wurde im Zuge der Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform – insb durch BGBl I 2013/33 – umfassend geändert.

Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 – VfGG

(BGBl 1953/85 idF BGBl I 2013/122)

Wurde im Zuge der Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform – insb durch BGBl I 2013/33 – umfassend geändert.

Bundesverwaltungsgerichtsgesetz – BVwGG

(BGBl I 2013/10)

Regelt die Organisation des Bundesverwaltungsgerichtes (Sitz und Zusammensetzung, Organe, Gang und Führung der Geschäfte, elektronischer Rechtsverkehr etc).

Bundesfinanzgerichtsgesetz – BFGG

(BGBl I 2013/14 idF BGBl I 2013/70)

Regelt in seinem ersten Teil die Organisation des Bundesfinanzgerichtes (Zuständigkeit, Sitz und Zusammensetzung, Organe etc). Der zweite Teil enthält Bestimmungen über das Verfahren und die Vollstreckung. Dabei bestimmt § 24 Abs 1 BFGG, dass das Verfahren vor dem Bundesfinanzgericht in der BAO, im Zollrechts-Durchführungsgesetz (ZollR-DG) und im Finanzstrafgesetz

(FinStrG) geregelt wird. Die einschlägigen Verfahrensbestimmungen der BAO finden sich in den §§ 243 f leg cit.

3. Landesgesetze

3.1. Oberösterreich

Oö. Landesverwaltungsgerichts-Übergangsgesetz

(LGBl 2012/61)

Bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Mitglieder der UVS ein Recht auf Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes haben.

Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetz – Oö. LVwGG

(LGBl 2013/9 idF LGBl 2013/90)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Sitz, Organe, Geschäftsgang etc) sowie das Dienst- und Besoldungsrecht.

Oö. Landesverwaltungsgerichts-Vorbereitungsgesetz

(LGBl 2013/10)

Regelt die Vorbereitung der Aufnahme der Tätigkeit des Oö. Landesverwaltungsgerichtes (zB Neubestellung von Mitgliedern vor dem 1.1.2014 etc).

3.2. Burgenland

Burgenländisches Landesverwaltungsgerichts-Übergangsgesetz (LGBl 2013/6)

Bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Mitglieder der UVS ein Recht auf Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes haben und enthält Bestimmungen über die Neubestellung von Mitgliedern vor dem 1.1.2014.

Burgenländisches Landesverwaltungsgerichtsgesetz –

Bgl. LVwGG (LGBl 2013/44)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Sitz, Organe, Geschäftsgang etc) sowie das Dienst- und Besoldungsrecht.

3.3. Kärnten

Kärntner Landesverwaltungsgerichts-Überleitungsgesetz – K-LvwGÜG (LGBl 2012/119)

Bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Mitglieder der UVS ein Recht auf Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes haben.

Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetz – K-LvwGG (LGBl 2013/55)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Sitz, Organe, Geschäftsgang etc) sowie das Dienst- und Besoldungsrecht.

3.4. Niederösterreich

NÖ Landesverwaltungsgerichts-Übergangsgesetz (LGBl 0014–0)

Bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Mitglieder der UVS ein Recht auf Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes haben.

NÖ Landesverwaltungsgerichtsgesetz – NÖ LVGG (LGBl 0015–0)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Sitz, Organe, Geschäftsgang etc) sowie das Dienst- und Besoldungsrecht.

3.5. Salzburg

Salzburger Landesverwaltungsgerichtsgesetz – S.LVwGG (LGBl 2013/16 idF LGBl 2013/101)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Sitz, Organe, Geschäftsgang etc), das Dienst- und Besoldungsrecht, das Recht der Mitglieder der UVS zur Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes sowie die Ernennung der erforderlichen weiteren Richter bzw Richterinnen.

3.6. Steiermark

Steiermärkisches Landesverwaltungsgerichts-Überleitungsgesetz (LGBl 2012/115)

Bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Mitglieder der UVS ein Recht auf Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes haben.

Steiermärkisches Landesverwaltungsgerichtsgesetz – StLVwGG (LGBl 2013/57)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Sitz, Organe, Geschäftsgang etc) sowie das Dienst- und Besoldungsrecht.

3.7. Tirol

Tiroler Landesverwaltungsgerichtsgesetz – TLVwGG (LGBl 2012/148 idF LGBl 2013/130)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Organe, Geschäftsgang etc), das Dienst- und Besoldungsrecht sowie das Recht der Mitglieder der UVS zur Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes

3.8. Vorarlberg

Vorarlberger Landesverwaltungsgerichtsgesetz – LVwG-G (LGBl 2013/19)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Organe, Geschäftsgang etc), das Dienst- und Besoldungsrecht, das Recht der Mitglieder der UVS zur Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes sowie die Bestellung weiterer Richter bzw Richterinnen des Verwaltungsgerichtes vor dem 1.1.2014.

3.9. Wien

Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien – VGWG (LGBl 2012/83 idF LGBl 2013/45)

Regelt die Organisation des Landesverwaltungsgerichtes (Zusammensetzung, Organe, Geschäftsgang etc), das Recht der Mitglieder der UVS zur Ernennung zum Richter bzw zur Richterin des Landesverwaltungsgerichtes sowie die Bestellung weiterer Richter bzw Richterinnen des Verwaltungsgerichtes.

Wiener Verwaltungsgericht-Dienstrechtsgesetz – VGW-DRG (LGBl 2012/84 idF LGBl 2013/49)

Regelt das Dienst- und Besoldungsrecht.

Serviceseite Verwaltungsgerichte

	BVwG
Adresse	Bundesverwaltungsgericht, 1030 Wien, Erdbergstraße 192–196 Außenstelle Linz: 4020 Linz, Derfflingerstraße 1 Außenstelle Graz: 8010 Graz, Schlögelgasse 9 Außenstelle Innsbruck: 6020 Innsbruck, Werner von Siemensstraße 7, 9
Telefonnummer	+43 1 601 49-0
Telefax	+43 1 531 09-153357/153364
E-Mail Adresse	einlaufstelle@bvwg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr
Präsident	Mag. Harald PERL
Vizepräsident	Dr. Michael SACHS
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.bvwg.gv.at
Organisationsgesetz	Bundesverwaltungsgerichtsgesetz, BGBl I 2013/10
Anzahl der Richter	169 (inkl Präsident und Vizepräsident)
Richter	Mag. ^a Irene ALTENDORFER, Dr. ⁱⁿ Christine AMANN, Dr. Werner ANDRÄ, Mag. Gerhard AUER, Mag. Erich AUTRITT, Dr. Christian BAUMGARTNER, Mag. Harald BENDA, Dr. ⁱⁿ Irene BICHLER, Dr. ⁱⁿ Sibyll BÖCK, Dr. Nikolas BRACHER, Mag. ^a Gertrude BRAUCHART, MMag. Dr. René BRUCKNER, Mag. Karl Thomas BÜCHELE, Mag. LL.M. Philipp CEDE, Dr. Peter CHVOSTA, Mag. Dr. LL.M. Werner DAJANI, Mag. ^a LL.M. Elke DANNER, Mag. ^a Katharina DAVID, Dr. Martin DIEHSBACHER, Mag. Berhard DITZ, Mag. Christian DÖLLINGER, Mag. Mario DRAGONI, Dr. Andreas DRUCKENTHANER, Mag. Gernot ECKHARDT, Mag. ^a Claudia EIGELSBERGER, Dr. Christian EISNER, Mag. Reinhard ENGEL, Mag. Manfred ENZI, Mag. ^a Erika ENZLBERGER-HEIS, Mag. Gregor ERNSTBRUNNER, MMag. ^a Birgit ERTL-GRATZEL, Dr. Michael ETLINGER, Dr. ⁱⁿ Ilse FAHRNER, Mag. Rainer FELSEISEN, Dr. Christian FILZWIESER, Dr. ⁱⁿ Sabine FILZWIESER-HAT, MMag. ^a Dr. ⁱⁿ Gabriele FISCHER-SZILAGYI, Mag. Michael FUCHS-ROBETIN, Mag. ^a Margit GABRIEL, DDr. Markus GERHOLD, Dr. ⁱⁿ Sabine GOLLEGGGER, Mag. Reinhard GRASBÖCK, Mag. ^a Ursula GREBENICEK, Mag. ^a Natascha GRUBER, Mag. Thomas GRUBER, Mag. ^a Ivona GRUBESIC, HR. Mag. ^a Brigitte HABERMAYER-BINDER, Mag. Johann HABERSACK, Mag. Peter HAMMER, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Barbara HERZOG, Mag. Klaus HOCHSTEINER, Mag. ^a Kristina HOFER, Mag. ^a Alice HÖLLER, Mag. Gerhard HÖLLERER, Dr. ⁱⁿ Irene HOLZSCHUSTER, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Magdalena HONSIG-ERLENBURG, Mag. ^a Daniela HUBER, Mag. Andreas HUBER, Mag. Stefan HUBER, Mag. Ewald HUBER-HUBER, OR Mag. Eugen Inderlieth, Mag. ^a Sandra Tatjana JICHA, Mag. ^a Marlene JUNGWIRT, MMag. ^a Alexandra JUNKER, Mag. ^a Simone KALBITZER, Mag. Stephan KANHÄUSER, Mag. ^a Sirma Kaya, Dr. Stefan KEZNICKL, DDr. LL.M. Friedrich KINZLBAUER, Dr. ⁱⁿ Rita-Maria KIRSCHBAUM, Mag. Peter Paul KLEIN, Dr. ⁱⁿ Mariella KLOIBMÜLLER, Mag. Gerhard KNITTEL, Dr. ⁱⁿ MCJ Doris KOHL, Mag. Walter KOPP, Mag. Christoph KOROSEC, Mag. ^a Helga KRACHER, Mag. ^a Alexandra KREBITZ, Dr. ⁱⁿ Margret KRONEGGER, Dr. ⁱⁿ Yoko KUROKI, Dr. Clemens KUZMINSKI, Mag. Günther LAMMER, Dr. ⁱⁿ Monika LASSMANN, Mag. ^a LL.M. Ulrike LECHNER, Mag. ^a Beatrix LEHNER, MR Dr. ⁱⁿ Rotraut LEITNER, Mag. Daniel LEITNER, Mag. Hermann LEITNER, Mag. ^a Ilse LESNIAK, Mag. ^a Carmen LOIBNER-PERGER, Mag. ^a Daria MACADAASE, MMag. Dr. Bernhard MACALKA, Mag. ^a Barbara MAGELE, Dr. MAS Ernst MAIER, Mag. Thomas MARTH, OR Mag. Dietmar Franz MAURER, OR Mag. Markus MAYRHOLD, Mag. MBA Georg MORAWETZ, Dr. Martin MORITZ, Dr. ⁱⁿ Margit MÖSLINGER GEHMAYR, Mag. ^a Viktoria MUGLI-MASCHEK, Mag. Dr. Stefan MUMELTER, Mag. ^a Eva NEUMANN, HR Dr. Harald NEUSCHMID, Mag. Florian NEWALD, Mag. Paul NIEDERSCHICK, Mag. Dr. Alexander NIEDERWIMMER, Mag. Volker NOWAK, Dr. ⁱⁿ Maria PARZER, Mag. Eduard Hartwig PAULUS, Mag. Georg PECH, MMag. ^a Angelika PENNITZ, Mag. Dienter PFEILER, MMag. ^a Dr. ⁱⁿ Erika PIELER, Dr. Werner PIPAL, Mag. Gerhard PRÜNSTER, Mag. ^a Judith PUTZER, Mag. Hubert REISNER, Dr. Hermann RENNER, Mag. ^a Irene RIEPL, MMag. ^a Elie ROSEN, Dr. Harald ROSENAUER, Dr. Karl RUSO, Mag. ^a Michaela RUßEGGER-REISENBERGER, Dr. ⁱⁿ Daniela SABETZER, Mag. ^a Ursula SAHLING, Dr. Elmar SAMSINGER, Ing. Mag. Franz SANDRIESSER, Mag. Karl SATTLER, DDr. Michael SCHADEN, Mag. ^a Ulrike SCHERZ, Mag. ^a Angela SCHIDLOF, Mag. Bernhard SCHLAFFER, OR Mag. Gottfried SCHLÖGLHOFER, MMag. ^a Dr. ⁱⁿ Esther SCHNEIDER, Dr. ⁱⁿ Karin SCHNIZER-BLASCHKA, Dr. ⁱⁿ Alexandra SCHREFFLER-KÖNIG, Mag. Michael SCHWARZGRUBER, Dr. Ewald SCHWARZINGER, Mag. Reinhard SEITZ, Dr. ⁱⁿ Anke SEMBACHER, Mag. ^a LL.M. Barbara SIMMA, Dr. ⁱⁿ Eva SINGER, Dr. Albert SLAMANIG, MR Dr. ⁱⁿ Eva SOUHRADA-KIRCHMAYER, Mag. ^a Gloria STARK, Mag. ^a Marion STEINER, Dr. Markus STEININGER, Mag. ^a Julia STIEFELMEYER, Mag. ^a Bendikta TAURER, Mag. Walter TOLAR, Mag. ^a Gaby TRAUPMANN, Mag. ^a Daniela UNTERER, Mag. ^a LL.M. Daniela URBAN, Mag. ^a Guenevere VAN BEST-OBREGON, Mag. ^a Birgit WALDNER-BEDITS, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Martina WEINHANDL, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ LL.M. Barbara WEIß, Dr. ⁱⁿ Eva WENDLER, Mag. ^a Manuela WILD, Mag. Andreas WINDHAGER, Mag. ^a Karin WINTER, Mag. Harald WÖGERBAUER, Mag. ^a Elisabeth WUTZL, Dr. ⁱⁿ Isabella ZOPF

BFG	
Adresse	Bundesfinanzgericht, 1030 Wien, Hintere Zollamtsstraße 2b
Telefonnummer	+43 50 250 577-100
Telefax	+43 50 250 597-7100
E-Mail Adresse	Post.Sitz@bfg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr
Präsident	Dr. ⁱⁿ Daniela MOSER
Vizepräsident	Dr. Christian LENNEIS
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.bfg.gv.at/geschaeftsverteilung
Organisationsgesetz	Bundesfinanzgerichtsgesetz – BFGG idF BGBl I 2013/70
Anzahl der Richter	92 (excl Präsidentin und Vizepräsident)
Richter	Dr. Wolfgang AIGNER, Mag. Christian DOKTOR, Mag. Franz ANDERL, Mag. ^a Irene EBERL, Mag. Ernst BAUER, Magdalena EDLER, Mag. Christian BAUMGARTNER, Dr. Siegfried FENZ, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Hedwig BAVENEK-WEBER, Mag. ^a Manuela FISCHER, Mag. ^a Aloisia BERGAUER, Mag. Dr. Kurt FOLK, Dr. ⁱⁿ Viktoria BLASER, Mag. ^a Gabriele FRIEDBACHER, Dr. Hans BLASINA, Dr. ⁱⁿ Judith FRIES-HORN, Mag. Johannes BÖCK, Mag. Dieter FRÖHLICH, MMag. ^a Elisabeth BRUNNER, Silvia GEBHART, Dr. Peter DAVIDIK, Dr. ⁱⁿ Grete GERSTGRASSER, Dr. Josef GRAF, Mag. ^a Manuela PUNTIGAM, Dr. ⁱⁿ Maria GROHE, Dr. Ewald RABENSTEINER, Mag. Gerhard GROSCHEDL, Dr. ⁱⁿ Anna Maria RADSCHKEK, Mag. ^a Christine GRUBER-NADLINGER, Erich RADSCHKEK, Dr. Alexander HAJICEK, Mag. ^a Ilse RAUHOFER, Mag. ^a Gertraud HAUSHERR, Dr. Hans RAUNER, Mag. Gerald HEINDL, Dipl.-Ing. ⁱⁿ Gertraude RITZ, Mag. Erich HELL, Mag. Wolfgang RYDA, Mag. ^a Helga HOCHRIESER, Martina SALZINGER, Mag. ^a BA Simone HUBER, Dr. ⁱⁿ Michaela SCHMUTZER, Helmut HUMMEL, BA Herbert SCHOBER, Johann JUNGWIRTH, Mag. Hans-Werner SCHÖGGL, Mag. ^a Eva-Maria KIRCHSCHLAGER, Mag. ^a Renate SCHOHAI, Dr. Karl KITTINGER, MMag. Dr. Roland SCHÖNAUER, Dr. ⁱⁿ Monika KOFLER, Mag. Christian SEYWALD, Dr. ⁱⁿ Gabriele KRAFFT, Dr. Wolfgang SIX, Dr. ⁱⁿ Gertraude LANGHEINRICH, Dr. ⁱⁿ Christine SMOLLE, Mag. Wolfgang LEITNER, Mag. Andreas STANEK, Dr. Christian LENNEIS, Dr. ⁱⁿ Edith STEFAN, Dr. ⁱⁿ Judith LEODOLTER, Leopold STETTER, Mag. ^a Regine LINDER, Dr. ⁱⁿ Barbara STRAKA, Dr. Josef LOVRANICH, Edda SZABO, Mag. ^a Margit MAYR, Mag. Wolfgang TIWALD, Mag. ^a Anna MECHTLER-HÖGER, Mag. ^a Elisabeth TRAXLER, Dr. Walter METTE, Dr. Peter UNGER, Mag. ^a MBA MSc Andrea MÜLLER-DOBLER, Mag. ^a Regina VOGT, Dr. ⁱⁿ Elfriede MURTINGER, Elisabeth WANKE, Mag. Wolfgang NEMEC, Dr. Rudolf WANKE, Dr. ⁱⁿ Susanne OSINGER, Romana WIMMER, Dr. ⁱⁿ Angela PAULUS, Andrea WIMMER-BERNHAUSER, Dr. Wolfgang PAVLIK, Mag. ^a Karoline WINDSTEIG, Mag. Stefan PIPAL, Mag. Ludwig WOCHNER, Mag. Robert POSCH, Mag. ^a Eva WORACSEK, Mag. ^a Helga PREYER, Dr. Georg ZARZI, Mag. ^a Andrea PROIDL, Dr. Karl ZEPITSCH

BFG – Außenstelle Linz	
Adresse	Bundesfinanzgericht Außenstelle Linz, 4020 Linz, Bahnhofplatz 7
Telefonnummer	+43 50 250 577-400
Telefax	+43 50 250 597-7400
E-Mail Adresse	Post.Linz@bfg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr
Präsident	Dr. ⁱⁿ Daniela MOSER
Vizepräsident	Dr. Christian LENNEIS
Leiter Außenstelle	Dr. ⁱⁿ Edith PUTSCHÖGL
Stv. Leiter Außenstelle	Mag. Johann FISCHERLEHNER
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.bfg.gv.at/geschaeftsverteilung
Organisationsgesetz	(BFGG) idF BGBl I 2013/70
Anzahl der Richter	39
Richter	Mag. Walter AIGLSDORFER, Dr. Michael MANDLMAYER, Dr. ⁱⁿ Susanne BARTH, Dr. Helmut MITTERMAYER, Dr. ⁱⁿ Susanne BERGAUER, Mag. Otto MÜLLER, Dr. Peter BINDER, Horst NOWOTNY, Mag. ^a Margit DOPPELHAMMER, Mag. ^a P.L.L.M Karin PEHERSTORFER, MMag. ^a Dr. ⁱⁿ Ingrid FEHRER, Mag. ^a Karin PITZER, Mag. ^a Susanne FEICHTENSCHLAGER, Mag. ^a Gerda PRAMHAS, Mag. Johann FISCHERLEHNER, Mag. ^a LL.M. Gisela PRASCHL, Dr. Wolfgang FREILINGER, Dr. ⁱⁿ Edith PUTSCHÖGL, Dr. ⁱⁿ Gabriela GROSSGUT, Mag. Bernhard RENNEN, Mag. ^a Susanne HAIM, Dr. ⁱⁿ Micheline SCHMIDAUER, Dr. Andreas HARTL, Christoph SCHMOLMÜLLER, Mag. Hans-Peter HARTL, Dr. Richard TANNERT, Dr. ⁱⁿ Ingrid HINTERDORFER, Dr. Alfred THALLINGER, Mag. Christian KALTENBÖCK, Dr. Ansgar UNTERBERGER, Siegfried KÖHLDORFER, Dr. Alois WINKLBAUER, Mag. Christoph KORDIK, Dr. ⁱⁿ Isolde ZELLINGER, Dr. Ludwig KREIL, Mag. Alfred ZINÖCKER, Dr. Thomas KRUMENACKER, Dr. Norbert ZÖLS, Mag. Marco LAUDACHER

BFG – Außenstelle Salzburg	
Adresse	Bundesfinanzgericht Außenstelle Salzburg, 5026 Salzburg, Aignerstraße 10
Telefonnummer	+43 50 250 577-500
Telefax	+43 50 250 597-7500
E-Mail Adresse	Post.Salzburg@bfg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr
Präsident	Dr. ⁱⁿ Daniela MOSER
Vizepräsident	Dr. Christian LENNEIS
Leiter Außenstelle	Dr. Ralf SCHATZL
Stv. Leiter Außenstelle	Dr. ⁱⁿ Gabriele SOINI-WOLF
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.bfg.gv.at/geschaeftsverteilung
Organisationsgesetz	(BFGG) idF BGBl I 2013/70
Anzahl der Richter	20
Richter	Dr. Wolfgang BERGER, Dr. ⁱⁿ Doris SCHITTER, Mag. ^a Eva BERNROIDER, Dr. Michael SCHRATTENECKER, Dr. ⁱⁿ Ingrid BUCHNER-VIERTL, Mag. Erich SCHWAIGER, Dr. ⁱⁿ Gabriela HEBENSTREIT, Dr. ⁱⁿ Gabriele SOINI-WOLF, Mag. Hermann HEBENSTREIT, Dr. ⁱⁿ Uta STRAKA, Dr. Bruno HÜBSCHER, Dr. Walter SUMMERSBERGER, BA Karl Heinz KLUMPNER, Dr. Johann TAFERNER, Dr. Peter MEISTER, Dr. ⁱⁿ Maria-Luise WOHLMAYER, Dr. ⁱⁿ Daniela OBAUER, Dr. ⁱⁿ Susanne ZANKL, Dr. Ralf SCHATZL, Mag. Josef ZWILLING

BFG – Außenstelle Graz	
Adresse	Bundesfinanzgericht Außenstelle Graz, 8010 Graz, Conrad von Hötzendorf-Straße 14-18
Telefonnummer	+43 50 250 577-800
Telefax	+43 50 250 597-7800
E-Mail Adresse	Post.Graz@bfg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr
Präsident	Dr. ⁱⁿ Daniela MOSER
Vizepräsident	Dr. Christian LENNEIS
Leiter Außenstelle	Dr. Erwin CSASZAR
Stv. Leiter Außenstelle	Dr. ⁱⁿ Ursula LEOPOLD
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.bfg.gv.at/geschaeftsverteilung
Organisationsgesetz	(BFGG) idF BGBl I 2013/70
Anzahl der Richter	24
Richter	Mag. Herwig AIGNER, Dr. ⁱⁿ Ursula LEOPOLD, Dr. ⁱⁿ Astrid BINDER, Mag. Kurt LORENZ, Dr. Burkhard BINDER, Dr. ⁱⁿ Jutta MAYER-RIECKH, Dr. ⁱⁿ Helga CHRISTIAN, Dr. ⁱⁿ Andrea ORNIG, Dr. Erwin CSASZAR, Dr. Alois PICHLER, Dr. ⁱⁿ Johanna DEMAL, Dr. Wilhelm PISTOTNIG, Dr. Karl FINK, Dr. Michael RAUSCHER, Mag. Franz GLASHÜTTNER, Mag. Setina ROLAND, Dr. ⁱⁿ Veronika GRÜN WALD, Dr. Helmut STARAL, Dr. ⁱⁿ Sigrid GUGGI, Dr. ⁱⁿ Marlise TSCHANTRÉ, Mag. Josef GUTL, Dr. ⁱⁿ Doris WEINER, Dr. ⁱⁿ Beatrix HUTTER, Dr. ⁱⁿ Barbara WISIAK

BFG – Außenstelle Feldkirch	
Adresse	Bundesfinanzgericht Außenstelle Feldkirch, 6800 Feldkirch, Schillerstraße 2
Telefonnummer	+43 50 250 577-700
Telefax	+43 50 250 597-7700
E-Mail Adresse	Post.Feldkirch@bfg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr
Präsident	Dr. ⁱⁿ Daniela MOSER
Vizepräsident	Dr. Christian LENNEIS
Leiter Außenstelle	Dr. Gerald DANIAUX
Stv. Leiter Außenstelle	Mag. Peter BILGER
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.bfg.gv.at/geschaeftsverteilung
Organisationsgesetz	(BFGG) idF BGBl I 2013/70
Anzahl der Richter	11
Richter	Mag. Peter BILGER, Yvonne PRIMOSCH, Dr. Gerald DANIAUX, MMag. ^a Irene REINALTER, Dr. ⁱⁿ Gerhild FELLNER, Dr. Peter STEURER, Dr. Wolfgang KOFLER, Mag. Armin TREICHL, Dr. Romuald KOPF, Mag. ^a Petra ZECH, Mag. ^a Claudia MAUTHNER

BFG – Außenstelle Klagenfurt	
Adresse	Bundesfinanzgericht Außenstelle Klagenfurt, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Dr. Herrmann-Gasse 3
Telefonnummer	+43 50 250 577-900
Telefax	+43 50 250 597-7900
E-Mail Adresse	Post.Klagenfurt@bfg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr
Präsident	Dr. ⁱⁿ Daniela MOSER
Vizepräsident	Dr. Christian LENNEIS
Leiter Außenstelle	Dr. Erwin LUGGAUER
Stv. Leiter Außenstelle	Dr. Walter ZEMROSSER
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.bfg.gv.at/geschaeftsverteilung
Organisationsgesetz	(BFGG) idF BGBl I 2013/70
Anzahl der Richter	16
Richter	Mag. ^a Ingrid ENENGEL, Mag. Dieter ORTNER, Dr. ⁱⁿ Elisabeth HAFNER, Dr. Wolfgang PLONER, Dr. Robert HUBER, Mag. ^a Cornelia PRETIS-PÖSINGER, Dr. Alfred KLAMING, Mag. Hannes PROSEN, Reg.Rat Karl KRALL, Mag. Gerhard VERDERBER, Mag. Bernhard LANG, Mag. Peter WALDHAUSER, Dr. Erwin LUGGAUER, Dr. ⁱⁿ Helga WOSCHANK, Dr. ⁱⁿ Ingrid MAINHART, Dr. Walter ZEMROSSER

BFG – Außenstelle Innsbruck	
Adresse	Bundesfinanzgericht Außenstelle Innsbruck, 6020 Innsbruck, Innrain 32
Telefonnummer	+43 50 250 577-600
Telefax	+43 50 250 597-7600
E-Mail Adresse	Post.Innsbruck@bfg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr
Präsident	Dr. ⁱⁿ Daniela MOSER
Vizepräsident	Dr. Christian LENNEIS
Leiter Außenstelle	Dr. ⁱⁿ Johanna LANSER
Stv. Leiter Außenstelle	Dr. Anton BALDAUF
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.bfg.gv.at/geschaeftsverteilung
Organisationsgesetz	(BFGG) idF BGBl I 2013/70
Anzahl der Richter	17
Richter	Dr. Walter AUER, Dr. ⁱⁿ Johanna LANSER, Dr. Anton BALDAUF, Dr. Robert MARK, Mag. ^a Ingrid BERGMANN, Mag. Peter MAURER, Dr. Johann EDLINGER, Dr. ⁱⁿ Christiane SEISSL, Dr. Rudolf FRECH, Mag. Herbert SONNWEBER, Mag. Andreas FREISINGER, Dr. ⁱⁿ Ines STÖBICH, Mag. Friedrich HOLZER, Dr. Ferdinand TRIENDL, Mag. Johann KRALER, Dr. ⁱⁿ Gabriele WELLE, Mag. Martin KUPRIAN

LVwG VlbG	
Adresse	Landesverwaltungsgericht Vorarlberg, 6900 Bregenz, Landwehrstraße 1
Telefonnummer	+ 43 5574 48442-0
Telefax	+ 43 5574 48442-60195
E-Mail Adresse	post@lvwg-vorarlberg.at
Amtsstunden	Montag bis Donnerstag von 8 bis 12 Uhr und 13.30 bis 17 Uhr, Freitag von 8 bis 12 und 13.30 bis 16.30 Uhr ausgenommen sind gesetzliche Feiertage, 24. Dezember und 31. Dezember nachmittags
Präsident	Mag. Nikolaus BRANDTNER
Vizepräsident	Dr. ⁱⁿ Monika MOHR
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.lvwg-vorarlberg.at
Organisationsgesetz	Landesverwaltungsgerichtsgesetz (LVwG-G), LGBl 2013/19
Anzahl der Richter	13 (excl Präsident und Vizepräsident)
Richter	Dr. Manfred BÖHLER, Dr. Wilfried SCHNEIDER, Dr. Wolfgang HERZOG, Mag. ^a Birgit KÖNIG, Dr. Johannes SCHLÖMMER, Dr. Dietmar ELLENSOHN, Dr. ⁱⁿ Eva-Maria LÄNGLE, Dr. ⁱⁿ Elisabeth WISCHENBART, Mag. Otto-Imre PATHY, Mag. ^a Eva OSTERMEIER, Dr. ⁱⁿ Isabel VONBANK, LL.M., Mag. ^a Katharina FEUERSINGER, Dr. Reinhold KÖPFLE

LVwG Wien	
Adresse	Verwaltungsgericht Wien, 1190 Wien, Muthgasse 62
Telefonnummer	+ 43 1 4000-38529
Telefax	+ 43 1 4000-99 38529
E-Mail Adresse	post@vgw.wien.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 7.30 bis 14 Uhr Karfreitag, 24. und 31. Dezember von 7.30 bis 11 Uhr
Präsident	Univ.-Doz. Dr. Dieter KOLONOVITS, M.C.J.
Vizepräsident	Mag. ^a Beatrix HORNSCHALL
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.verwaltungsgericht.wien.gv.at
Organisationsgesetz	Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien – VGWG (LGBl für Wien 2012/83 idF LGBl 2013/45)
Anzahl der Richter	79 (excl Präsident und Vizepräsident)
Richter	Mag. ^a Eva AL-HACHICH, Dr. ⁱⁿ Claudia BIEGELBAUER, Mag. ^a Astrid BRECKA, Mag. ^a Sabrina BURDA, Mag. Michael-Rene CORDES, Mag. Thomas DIVACKY, Mag. Andreas DONINGER, Dr. ⁱⁿ Veronika DORALT, Mag. ^a Margarethe EBNER, LL.M., Dr. Franz EICHINGER, Mag. ^a Zsuzsanna EIDLITZ, Dr. Gerald FEGERL, Dr. ⁱⁿ Marlene FINDEIS, Mag. Jürgen FISCHER, Mag. Stefan FISCHER, Mag. ^a Barbara FÖGER-LEIBRECHT, Dr. Erich FRANK, Mag. ^a Barbara FREISTÄTTER, MBA, Dr. Wolfgang FREY, Mag. Anton FRITZ, Dr. ⁱⁿ Susanna GAMAUF-BOIGNER, Dr. Gerald GINDL, MMag. ^a Annemarie GINTHÖR, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Elisabeth GROIS, Dr. ⁱⁿ Marion HASON, Dr. Wolfgang HELM, Mag. Reinhard HOHENEGGER, Dr. ⁱⁿ Irene HOLLINGER, Dr. ⁱⁿ Brigitte HRDLICZKA, Mag. Dr. David KASPAR, Mag. Helmut KASPER, Mag. Gernot KLOPCIC, Mag. Michael KONECNY, Dr. Siegfried KÖNIGSHOFER, Dr. ⁱⁿ Bettina KOPRIVNIKAR, Mag. ^a Lydia KOVAR-KERI, Mag. Franz KUMMERNECKER, Mag. Ivica KVASINA, DDr. Harald LACINA, BTh, Mag. ^a Sigrid LAMMER, Mag. ^a Dr. Marion LETTNER, Mag. ^a Victoria LINKENHÖLLER, Mag. ^a Birgit MANDL, Dr. Christian MARTSCHIN, Dr. ⁱⁿ Gudrun MÜLLER, LL.M., Dr. Horst NEUMANN, Mag. ^a Sonja NUSSGRUBER, Dr. Alexander OBRANSKY, Mag. Dr. Albert OPPEL, Dr. Jörg OSINGER, Mag. Marcus OSTERAUER, Mag. ^a Margarethe PETERS, Mag. Johann PICHLER, Mag. Ernst PRASCH, Dr. Karl-Heinz RESCH, Mag. Werner ROMANO, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Maria ROTTER, Mag. Dr. Gerhard SCHATTAUER, Dr. Christian SCHMID, Mag. Gero SCHMIED, Dr. Ernst SCHOPF, Mag. ^a Eva SCHREINER-HASBERGER, Dr. Gerhard SCHWEIGER, Dr. Hans SERBAN, LL.M., Mag. ^a Biljana STOJIC, Dr. Heinz SUCHOMEL, Dr. ⁱⁿ Christina SZEPEL, Mag. DDr. Johann TESSAR, Mag. Dr. Philipp TREFIL, Mag. ^a Ingeborg VITI, Mag. ^a Elisabeth WALLNER, Dr. Erich WARTECKER, Mag. Günther WENDT, Mag. Dr. Norbert WILFERT, Mag. Reinhard WINDSTEIG, Mag. ^a Melanie WINTER, Mag. Christoph ZACH, Dr. ⁱⁿ Edith ZELLER, Mag. Arnold ZOTTER

LVwG Stmk	
Adresse	Landesverwaltungsgericht Steiermark, 8010 Graz, Salzamtsgasse 3; Zweitstandort (der jedoch nicht als Einbringungsstelle dient): 8010 Graz, Burggasse 13
Telefonnummer	+ 43 316 8029-0
Telefax	+ 43 316 8029-7215
E-Mail Adresse	lvwg@lvwg-stmk.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Freitag von 8.30 bis 12 Uhr, ausgenommen gesetzliche Feiertage sowie 24. Dezember und 31. Dezember
Präsident	HR Dr. Gerhard GÖDL
Vizepräsident	HR Dr. ⁱⁿ Reingard STEINER
Fundstelle der Geschäftsverteilung	http://www.lvwg-stmk.gv.at
Organisationsgesetz	StVwGG, LGBl 2013/57
Anzahl der Richter	34 (excl Präsident und Vizepräsidentin)
Richter	Dr. Andreas AUPRICH, Mag. ^a Elisabeth BELLINA-FREIMUTH, Dr. ⁱⁿ Karin CLEMENT, HR Dr. ⁱⁿ Monika DREXEL, Dr. Christian ERKINGER, Mag. ^a Manuela GANSTER, Mag. Michael HACKSTOCK, Dr. Erik HANEL, Dr. Michael HERRMANN, Ing. Mag. Alois HÖCHER, Mag. Jörg HÜBLER, Dr. Wigbert HÜTTER, Dr. Erich KUNDEGRABER, Mag. ^a Doris LEBER, Dr. ⁱⁿ Barbara LEHOFER-PFIFNER, HR Mag. Gerhard MAIER, Mag. ^a Petra MAIER, Dr. ⁱⁿ Cornelia MEIXNER, Dr. ⁱⁿ Renate MERL, Dr. ⁱⁿ Monika MERLI, Dr. ⁱⁿ Rosa MILIKER, Dr. Harald ORTNER, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Andrea RATH, Dr. ⁱⁿ Andrea ROTSCHÄDL, Mag. ^a Eva SCHERMANN, Mag. ^a Manja SCHLOSSAR-SCHIRETZ, Mag. ^a Eva SCHMALZBAUER, Mag. ^a Karin SCHNABL, Mag. ^a Verena SCHÖNEGGER, HR Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Karin SPRACHMANN, Mag. ^a Carolin Isabell STEFFLER, Mag. Udo STOCKER, Dr. Klaus STÜHLINGER, Dr. Gerhard WITTMANN

LVwG NÖ	
Adresse	Landesverwaltungsgericht Niederösterreich, Rennbahnstraße 29, 3109 St. Pölten Außenstelle Mistelbach: Liechtensteinstraße 44, 2130 Mistelbach Außenstelle Wiener Neustadt: Ungargasse 33, 2700 Wiener Neustadt Außenstelle Zwettl: Am Statzenberg 2, 3910 Zwettl
Telefonnummer	+ 43 0 2742 90590-15577
Telefax	+ 43 0 2742 90590-15540
E-Mail Adresse	post@lvwg.gv.at
Amtsstunden	Montag, Mittwoch, Donnerstag von 7.30 bis 15.30 Uhr, Dienstag von 7.30 bis 18 Uhr, Freitag von 7.30 bis 13. Uhr, Karfreitag und 2.11 und 30.12. nur bis 12 Uhr, keine Amtsstunden am 24. und 31.12.
Präsident	Dr. Patrick SEGALLA
Vizepräsident	Dr. Markus GRUBNER
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.lvwg.noel.gv.at
Organisationsgesetz	NÖ LVGG
Anzahl der Richter	52 inkl Präsident und Vizepräsident
Richter	Mag. Martin ALLRAUN, Mag. ^a Margit BAAR, Dr. Wilhelm BECKSTEINER, Mag. ^a Gertrud BIEDERMANN, Mag. ^a Renate BINDER, MMag. ^a Irene CERVENKA-EHRENSTRASSER, Mag. ^a Hedwig CLODI, Mag. ^a Sonja DUSATKO, Mag. Günter EICHBERGER, Ing. Mag. Andreas FERSCHNER, Mag. Anton GIBISCH, Mag. Christian GINDL, Dr. ⁱⁿ Elisabeth GRASSINGER, Mag. Klaus GRÖB, Dr. ⁱⁿ Ilona HAGMANN, Mag. Josef HOLLERER, MMag. Roman HERRER, Mag. Herbert HUBMAYR, Mag. Peter JANAK-SCHLAGER, Dr. Berthold KINDERMANN-ZEILINGER, Mag. Franz KRAMER, Mag. ^a Elisabeth KRAUSBÖCK, Mag. Veit KUCHAR, Dr. Bernhard KÜHNEL, Dr. ⁱⁿ Gudrun KURZ, Dr. ⁱⁿ Heidrun KUSSMANN, Dr. Karl LEISSER, Mag. ^a Petra LIEBHART-MUTZL, Mag. ^a Brigitte LINDNER, Dr. ⁱⁿ Albine MAIER, Mag. ^a Daniela MARIHART, Mag. Lukas MARZI, Dr. Marvin NOVAK, Mag. ^a Silvia PARICH-GABLER, Dr. Andreas PICHLER, Mag. ^a Britta RAUNIG, Mag. Matthias RÖPER, Mag. Robert SCHNABL, Dr. Werner SCHWARZMANN, Mag. Harald STELLNER, Dr. ⁱⁿ Brigitte STRIMITZER, Dr. ⁱⁿ Christine TRIXNER, Dr. Klaus VAZULKA, Mag. ^a Barbara VOJTEK, Mag. Gernot WALLNER, Mag. Gernot WEBER, Dr. Gerhard WEINBERGER, Mag. Dr. Wolfgang WESSELY, LL.M., Mag. Christoph WIMMER, Dr. ⁱⁿ Adrienne ZAKOVSEK

LVwG OÖ	
Adresse	Landesverwaltungsgericht Oberösterreich, 4021 Linz, Fabrikstraße 32 Zweitstandort (der jedoch nicht als Einbringungsstelle dient): 4040 Linz, Knabenseminarstraße 2
Telefonnummer	+ 43 732 7075-18004
Telefax	+ 43 732 7075-218018
E-Mail Adresse	post@lvwg-ooe.gv.at
Amtsstunden	Montag, Dienstag und Donnerstag von 7 bis 12.30 Uhr und 13 bis 17 Uhr; Mittwoch von 7 bis 13 Uhr, Freitag von 7 bis 12.30 Uhr; ausgenommen sind gesetzliche Feiertage, 24. Dezember und 31. Dezember nachmittags
Präsident	Mag. Dr. Johannes FISCHER
Vizepräsident	Mag. Alfred KISCH
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.lvwg-ooe.gv.at
Organisationsgesetz	Oö. Landesverwaltungsgerichtsgesetz – Oö LVwGG (LGBl 2013/9 idF LGBl 2013/90)
Anzahl der Richter	35 (excl. Präsident und Vizepräsident)
Richter	Mag. ^a Gerda BERGMAYR-MANN, Mag. ^a Michaela BISMAIER, Mag. ^a Karin BISSENBERGER, Mag. Dr. Hermann BLEIER, Mag. Dr. Markus BRANDSTETTER, Mag. ^a Sigrid ELLMER, Dr. Alfred GROF, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Verena GUBESCH, Mag. ^a Katja HÖRZING, Dr. Roland KAPSAMMER, Mag. ^a Gertraud KARL-HANSL, Mag. Markus KITZBERGER, Dr. ⁱⁿ Ilse KLEMP, Mag. Josef KOFLE, Mag. Thomas KÜHBERGER, Dr. Ewald LANGEDER, Mag. ^a Karin LEDERER, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Karin LIDAUER, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Astrid LUKAS, Mag. ^a Doris MANZENREITER, Dr. ⁱⁿ Andrea PANNY, Mag. Dr. Bernhard PREE, Dr. Werner REICHENBERGER, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Elisabeth REITTER, Mag. ^a Gabriele SAXINGER, Dr. Gustav SCHÖN, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Monika SÜß, LL.M., Mag. Christian STIERSCHNEIDER, Mag. Dr. Wolfgang WEIGL, Dr. Wolfgang WEIß, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Elisabeth WIESBAUER, Mag. Dr. Harald WIESINGER, Dr. Leopold WIMMER, Mag. Dr. Markus ZEINHOFER, Mag. Gottfried ZÖBL

LVwG Sbg	
Adresse	Landesverwaltungsgericht Salzburg, 5020 Salzburg, Wasserfeldstraße 30
Telefonnummer	+ 43 0662 8042-3834
Telefax	+ 43 0662 8042-3893
E-Mail Adresse	post@lvwg-salzburg.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 16 Uhr, Freitag von 7.30 bis 12 Uhr
Präsident	HR Mag. ^a Claudia JINDRA-FEICHTNER (MBA)
Vizepräsident	Dr. Roland GRÜNBART
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.lvwg-sbg.gv.at
Organisationsgesetz	Salzburger Landesverwaltungsgerichtsgesetz – SLvwGG, LGBl 2013/16 idF LGBl 2013/101
Anzahl der Richter	29 (excl Präsidentin und Vizepräsident)
Richter	Mag. Peter MOTTL, Ing. Mag. Dionys VIEHHAUSER, Mag. Peter NUßBAUMER, Mag. Thomas THALLER, Dr. ⁱⁿ Ursula BERGMÜLLER-HANNAK, Dr. ⁱⁿ Elisabeth SCHOIBL-EHRNGRUBER, Dr. Peter BRAUHART, Dr. ⁱⁿ Christine RAITHEL, Mag. Erwin ZIERMANN, Dr. ⁱⁿ Edeltraud STADLHOFER, Dr. ⁱⁿ Astrid HUTTER, Ing. Dr. Adalbert LINDNER, Mag. Walter OBERASCHER, Mag. Maximilian HÖLBLING, Mag. ^a Michaela SLAMA, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Eva LACKINGER-VOGL, Mag. ^a Manuela FLIR, Mag. ^a Theresia KIELEITHNER, Mag. Rainer SCHEFFENACKER, Mag. ^a Birgit MITTERHUMER-ZEHETNER (dzt. in Karenz), Mag. Peter BERGER, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Julia HOPFGARTNER, Ing. ⁱⁿ Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Beatrix LECHNER, Ing. Mag. Dr. Karl PREMIßL, Mag. ^a Andrea RESCH, Dr. ⁱⁿ Christine SCHARFETTER, Mag. Dr. Johann SCHLAGER, Mag. ^a Ulrike SEIDEL, Mag. Dr. Martin WARTER

LVwG Bgld	
Adresse	Landesverwaltungsgericht Burgenland, Landhaus-Neu, Eingang Waschstattgasse, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1
Telefonnummer	+ 43 02682 66811-1100
Telefax	+ 43 02682 66811-1177
E-Mail Adresse	verwaltungsgericht@bgld.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Donnerstag von 7.30 bis 16 Uhr, Freitag von 7.30 bis 13 Uhr
Präsident	Mag. Manfred GRAUSZER
Vizepräsident	Dr. Thomas GIEFING
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.verwaltungsgericht.bgld.gv.at/de/service.html
Organisationsgesetz	Burgenländisches Landesverwaltungsgerichtsgesetz – BgldLVwGG (LGBl 2013/44)
Anzahl der Richter	7 (excl. Präsident und Vizepräsident)
Richter	Mag. ^a Eveline OBRIST, Mag. ^a Elisabeth BAUER, Dr. ⁱⁿ Ruth ZECHMEISTER, Dr. ⁱⁿ Martina HANDL-THALLER, Mag. Erhard AMINGER, Mag. Johann MUSKOVICH, Mag. Gerald LEITNER

LVwG Krnt	
Adresse	Landesverwaltungsgericht Kärnten, 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Fromillerstraße 20
Telefonnummer	+ 43 463 54350
Telefax	+ 43 463 54350-29
E-Mail Adresse	post.lvwg@ktn.gv.at
Amtsstunden	Montag bis Donnerstag von 8 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr; Freitag von 8 bis 12 Uhr; ausgenommen sind gesetzliche Feiertage, 24. Dezember und 31. Dezember
Präsident	Mag. Armin RAGOßNIG
Vizepräsident	Dr. ⁱⁿ Christine VAUTI
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.lvwg.ktn.gv.at
Organisationsgesetz	Kärntner Landesverwaltungsgerichtsgesetz – KLvwGG (LGBl Nr 55/2013)
Anzahl der Richter	18 (excl Präsident und Vizepräsidentin)
Richter	Dr. Siegfried UNTERHOLZER, Dr. Wolfgang LACKNER, Dr. ⁱⁿ Christa HANSCHITZ, Dr. ⁱⁿ Barbara RETTENBACHER-KRENN, Mag. Bernd PETSCHNIG, Mag. Burghard RULOFS, Mag. ^a Margit TÜRK, Mag. ^a Susanne MARISKA, Mag. ^a Claudia PINTER, Mag. ^a Maria STEINER, Dr. ⁱⁿ Maria NOVAK-TRAMPUSCH, Mag. ^a Martina GREINER, Mag. Wolfgang BERGEN, Mag. ^a Stephanie EDER MBA, Mag. ^a Sonja KÖFFLER, Mag. Klaus PLETTSCHKO, Dr. ⁱⁿ Astrid VALLANT, Dr. ⁱⁿ Tanja KOENIG-LACKNER

LVwG Tirol	
Adresse	Landesverwaltungsgericht Tirol, 6020 Innsbruck, Michael-Gaismair-Straße 1
Telefonnummer	+ 43 512 9017-0
Telefax	+ 43 512 9017-741705
E-Mail Adresse	post@lvwg-tirol.gv.at
Amtsstunden	Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 8 bis 12 Uhr und 13 bis 15.30 Uhr; Freitag von 8 bis 12 Uhr; ausgenommen sind gesetzliche Feiertage, sowie der 24. Dezember und 31. Dezember und der Faschingsdienstag-Nachmittag
Präsident	Dr. Christoph PURTSCHER
Vizepräsident	Dr. Albin LARCHER
Fundstelle der Geschäftsverteilung	www.lvwg-tirol.gv.at
Organisationsgesetz	Tiroler Landesverwaltungsgerichtsgesetz – TLVwGG (LGBl 2012/148 idF LGBl 2013/130)
Anzahl der Richter	34 (excl. Präsident und Vizepräsident)
Richter	Dr. Maximilian AICHER, MMag. ^a Dr. ⁱⁿ Barbara BESLER, Dr. Peter CHRIST, Dr. Klaus DOLLENZ, Mag. Gerold DÜNSER, Mag. ^a Barbara GLIEBER, Dr. ⁱⁿ Barbara GSTIR, Mag. Christian HENGL, Mag. Dr. Wolfgang HIRN, Dr. Alexander HOHENHORST, Dr. Alois HUBER, Mag. ^a Theresia KANTNER, Dr. ⁱⁿ Ines KROKER, Mag. ^a Martina LECHNER, Dr. Christoph LEHNE, Dr. ⁱⁿ Doris MAIR, Ing. Mag. Herbert PEINSTINGL, Mag. Hannes PICCOLROAZ, Dr. Hermann RIEDLER, Mag. Dr. Rudolf RIESER, Dr. Sigmund ROSENKRANZ, Mag. Gerald SCHABER, Dr. ⁱⁿ Felizitas SCHIESSENDOPPLER-LUCHNER, Mag. ^a Julia SCHMALZL, Mag. Alexander SPIELMANN, Dr. ⁱⁿ Nicole STEMMER, Dr. Alfred STÖBICH, Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Martina STRELE, Dr. Franz TRIENDL, Dr. Christian VISINTEINER, Dr. ⁱⁿ Monica VOPPICHLER-THÖNI, Mag. ^a Bettina WEIßGATTERER, Mag. ^a Linda WIESER, Dr. Volker-Georg WURDINGER

Gebührentabelle

Von Sonja Berl

	Eingabengebühr ¹
LVwG	Eingaben von Privatpersonen (natürlichen und juristischen Personen) an Organe der Gebietskörperschaften in Angelegenheiten ihres öffentlich-rechtlichen Wirkungskreises, die die Privatinteressen der Einschreiter betreffen, unterliegen einer festen Gebühr von idR 14,30 Euro (§ 14 TP 6 Abs 1 GebührenG 1957). Beilagen sind nach Maßgabe des § 14 TP 5 Abs 1 GebührenG 1957 gebührenpflichtig.
BVwG	Die Höhe der Gebühr für Beschwerden, Wiedereinsetzungsanträge und Wiederaufnahmeanträge (samt Beilagen) beträgt idR 30 Euro (§ 14 TP 6 Abs 5 Z 1 lit b GebührenG 1957 iVm § 2 Abs 1 BVwG-EGebV, BGBl II 2013/490). Die Gebühr für einen von einer Beschwerde gesondert eingebrachten Antrag (samt Beilagen) auf Ausschluss oder Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung beträgt 15 Euro (§ 14 TP 6 Abs 5 Z 1 lit b GebührenG 1957 iVm § 2 Abs 2 BVwG-EGebV, BGBl II 2013/490).
BVwG (Angelegenheiten des öff. Auftragswesens) ²	Die Gebührensätze reichen von idR 308 Euro bis 6.156 Euro (§ 318 BundesvergabeG 2006 iVm § 1 BVwG-PauschGebV-Vergabe, BGBl II 2013/491). Tlw bestehen erhöhte (§ 2 BVwG-PauschGebV-Vergabe) bzw reduzierte Gebührensätze (§ 3 BVwG-PauschGebV-Vergabe).
BFG	Gebührenbefreiung für Eingaben an die Verwaltungsgerichte der Länder, das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesfinanzgericht in Abgabensachen (§ 14 TP 6 Abs 5 Z 4 GebührenG 1957) und Eingaben an das Bundesfinanzgericht in Angelegenheiten des Zollrechts oder der sonstigen Eingangs- oder Ausgangsabgaben (§ 14 TP 6 Abs 5 Z 4a GebührenG 1957).
VwGH	Revisionen, Fristsetzungsanträge und Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens und auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand: 240 Euro (§ 24a VwGG 1985).
VfGH	Für Anträge gem § 15 Abs 1 VfGG 1953 (dh Anträge nach Art 126a, 127c Z 1, 137 bis 145, 148f und 148i B-VG): 240 Euro (§ 17a Z 1 VfGG 1953).

- § 14 Abs 5 GebührenG 1957 enthält einen Katalog an Ausnahmen (zB Eingaben in Verwaltungsstrafverfahren (Z 7). Weitere Gebührenbefreiungen ergeben sich aus den MaterienG (zB § 352 Abs 4 GewO, § 70 AsylG, § 23 BEinstG, § 6 Abs 2 ImpfschadenG, § 15 Abs 4 KGG, § 110 Abs 1 Z 2 ASVG ua). Weiterführend zur Gebührenthematik siehe *Fister*, Gebühren und Ersatz der Aufwendungen, in: Holoubek/Lang (Hrsg), Das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht und dem Bundesfinanzgericht (in Druck).
- Ähnliche Pauschalgebührenverordnungen bestehen in den Ländern für das Nachprüfungsverfahren vor den LVwG (zB Wiener Vergabe-Pauschalgebührenverordnung, LGBl 2013/24, welche bis zum Erlass einer (neuen) VO gem § 15 Abs 2 WVRG 2014 gilt; § 40 Abs 3 WVRG 2014).